

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**  
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 23. Januar 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Bezugspreis:  
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## 25 Jahre freigewerkschaftliche Straßenbahnerorganisation

**A**m 28. und 29. Januar 1907 fand in München die 1. Reichskonferenz der Straßenbahner Deutschlands statt. Die Konferenz war nach vielen Schwierigkeiten erst zustande gekommen und hatte den Zweck, eine einheitliche Straßenbahnerbewegung in Deutschland aufzubauen. Heute, nach 25 Jahren, läßt sich mit Genugtuung feststellen, daß das Ziel der Münchener Konferenz erreicht worden ist. Die deutschen Straßenbahner haben im Rahmen des Gesamt-Verbandes eine freigewerkschaftliche Straßenbahnerorganisation, welche trotz schwerster Gegenwart die Interessen der Straßenbahner zu wahren in der Lage ist.

Diese Feststellung ist die Krönung einer jahrzehntelangen mühseligen Aufbauarbeit. Sie ist damit auch die würdigste Jubiläumsgabe an die Männer, welche im Jahre 1907 allen Schwierigkeiten und Verfolgungen zum Trotz, ihre Person und Zeit aufopfert für die Vereinigung ihrer Berufskollegen auf freigewerkschaftlicher Grundlage. War doch damit gleichzeitig die Grundlage geschaffen, von der aus die Befreiung der Straßenbahner aus knechtischen Arbeitsbedingungen durchgeführt werden konnte.

Die Schwere der Gegenwart hält uns davon ab, das 25jährige Jubiläum der freigewerkschaftlichen Straßenbahnerorganisation Deutschlands besonders festlich zu begehen. Damit soll aber das für die Straßenbahnerbewegung wichtigste Ereignis nicht ohne Würdigung bleiben. An der Wiege der Straßenbahnerbewegung in München findet deshalb eine Jubiläumsveranstaltung statt, an der die noch lebenden Kollegen von der 1. Reichskonferenz der Straßenbahner im Jahre 1907 teilnehmen. Zu diesen wenigen Teilnehmern gehören die Kollegen **Schumann** und **Riedel** (Berlin), **Kregel** (Hannover) u. a. Den unvergeßlichen Kollegen **Rathmann**, langjähriger Abteilungsleiter der Straßenbahner, hat inzwischen der Tod hinweggerafft.

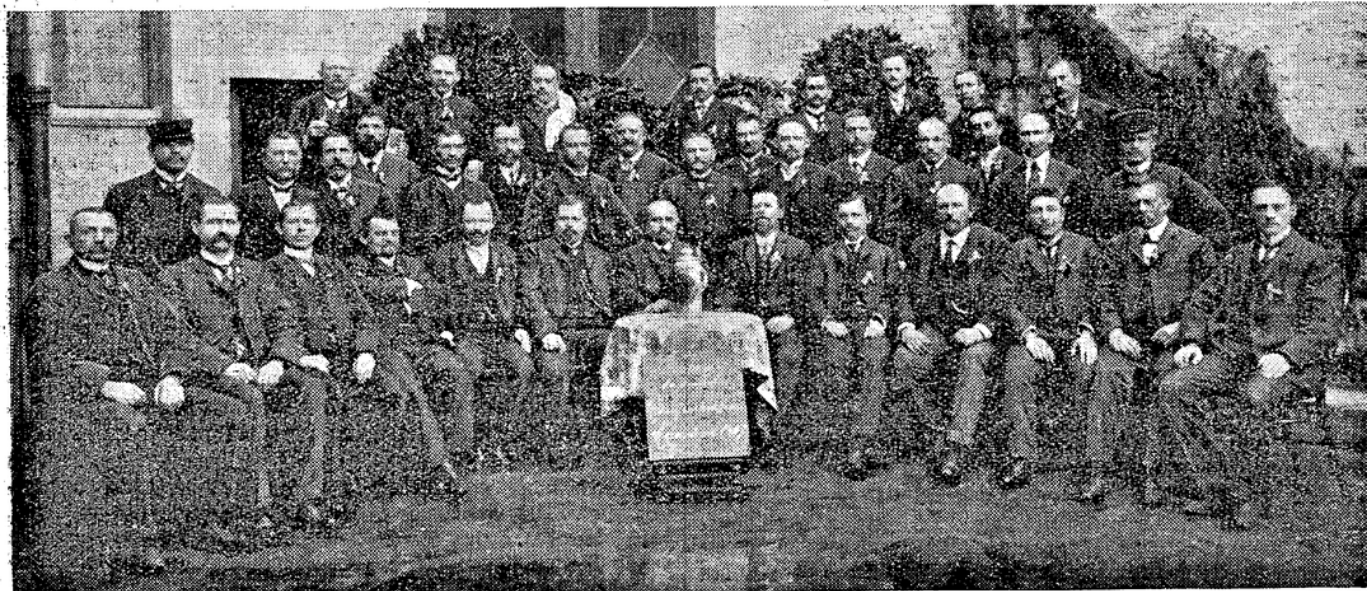
Die Verdienste dieser Männer sind unvergänglich. Nicht weniger zu gedenken ist aber auch der Kollegen aus den Betrieben, welche vor 25 Jahren die Notwendigkeit der freigewerkschaftlichen Organisation eingesehen und dafür, allen Gefahren zum Trotz, gewirkt haben. Bezeichnend ist jedenfalls, daß das Protokoll der Verhandlungen der 1. Konferenz der Straßenbahner Deutschlands die Namen dieser Kollegen verschweigen mußte, um sie nicht der Verfolgung durch die Straßenbahndirektionen auszusetzen.

Welche Veränderungen in dieser Richtung durch den Befreiungskampf der Arbeiterschaft erreicht worden sind, zeigt am deutlichsten der heutige Zustand, welcher die Personalvertretung gesetzlich gegen Übergriffe der Arbeitgeber schützt.

Eine nicht unähnliche Entwicklung weisen heute die Arbeitsbedingungen auf, welche der Willkür der Direktionen entzogen sind und den Schutz des Gesetzes genießen.

Darin sind die vornehmsten Folgen zu erblicken aus der 1. Straßenbahnerkonferenz im Jahre 1907. Die Straßenbahner Deutschlands hatten sich eingereiht in die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung und mit ihr gekämpft gegen kapitalistische Alleinherrschaft und für soziales Arbeitsrecht.

Schon weit vor dem Jahre 1907 waren Ansätze zur Vereinigung der Straßenbahner vorhanden. Mehr oder weniger beschränkten sich diese Ansätze aber auf örtliche Vereinigungen mit engebegrenzten Interessen. Selbst aber diese geringen Interessen wahrzunehmen, war den stramm soldatisch eingestellten Straßenbahndirektoren ein Dorn im Auge. Sie verfolgten jeden Zusammenschluß mit schwersten Strafen. Regelmäßig wurden die Männer, welche aktiv und führend daran beteiligt waren, auf das Pflaster geworfen. Die Rechtlosigkeit und Bedrückung der Straßenbahner war aber so groß, daß trotz aller Gewaltmaßnahmen die Abwehr immer wieder aufblühte. Zahlreiche Streiks um die Jahrhundertwende herum be-



welsen nicht nur, daß die Arbeitsbedingungen geradezu unerträglich waren, sondern daß immer wieder der Versuch gemacht worden ist, sie zu verbessern. Die Ergebnisse der Bemühungen waren allerdings nur zu oft niederschmetternd. Nur in seltenen Fällen gelang es, eine Verkürzung der Arbeitszeit oder eine Erhöhung des Lohnes durchzusetzen. Immer dagegen wurden die Kollegen, welche mehr oder weniger führend am Streik beteiligt waren, entlassen.

Diese opferreichen Erfahrungen drängten immer mehr zur Erkenntnis, daß auch die Straßenbahner zur Linderung ihrer Notlage aus örtlichen Vereinigungen zur zentralen Vereinheitlichung übergehen mußten. Diesem Zweck diente die 1. Konferenz der Straßenbahner Deutschlands am 28. und 29. Januar 1907 in München. Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, der Teile der Straßenbahner in Augsburg, Berlin, Bremen, Dresden, Hessen, Hamburg, Köln, Königsberg, Leipzig usw. organisiert hatte, versuchte mit Unterstützung des Kollegen Bölt (München) die Lokalvereine in Darmstadt, Mannheim, München, Straßburg usw. zu vereinigen, um daraus eine zentrale Reichssekretion im Zentralverband herzustellen. Hierüber referierten auf der Münchener Konferenz, welche von 26 Delegierten besucht war, die Kollegen Oswald Schumann (Berlin) und Martin Bölt (München). In der anschließenden Diskussion gingen die Bestrebungen noch weit auseinander. Die süddeutschen Lokalvereine glaubten einen Verband der süddeutschen Straßenbahner errichten zu sollen. Andere Auffassungen verjagten eine Sonderorganisation der Straßenbahner zu propagieren. Schließlich wurde aber dem Vorschlag des Kollegen Schumann vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zugestimmt, wonach die Vereinigung der Straßenbahner innerhalb dieses Verbandes stattfinden sollte, zu welchem Zwecke die Reichssekretion Straßenbahner gebildet wurde. Schon damals hat Kollege Schumann darauf hingewiesen, daß eine derartige Regelung notwendig sei, um den Straßenbahner entsprechend ihren Spezialinteressen ein Eigenleben zu sichern. Demzufolge erhielten die Straßenbahner einen eigenen, Sektionsvorstand und eine eigene Zeitung: „Der Straßenbahner.“ Damit war der historische Grundstein für die freigewerkschaftliche Straßenbahnerbewegung im Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, später „Verkehrsbund“, heute „Gesamt-Verband“ gelegt. Dieser Organisationsaufbau fand auch die Zustimmung der Generalkommission, welche bereits im Jahre 1905 den Zentralverband als die für die Straßenbahner zuständige freie Organisation bezeichnet hatte.

Die Kollegen Rathmann (Berlin) und Richter (Mannheim) berichteten auf der Münchener Konferenz über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner und über Maßnahmen, welche eine Verbesserung derselben herbeiführen. Ihre Berichte lassen die ganze Not der damaligen Straßenbahner erkennen. Tagelöhne von 2,60, 2,70, 2,80, 2,90 und 3 Mk. werden aufgezählt. Die Monatslöhne beginnen bei 80 Mk. und enden nur in seltenen Fällen bei 120 Mk. Dabei bestand eine Arbeitszeit, welche frühmorgens begann und spät nachts endete. Krankentlohn und Urlaub sind nicht überall anzutreffen, wobei letzterer im Höchstfalle 6 Tage beträgt. Dabei waren die Arbeitsbedingungen bei jeder Bahn

andere. Gemeinsam war nur vorhanden eine fast gesundheitschädliche Ausnutzung des Personals bei geringster Entlohnung. In der Folgezeit ist es aber dem Zentralverband und der Reichssekretion Straßenbahner doch gelungen, die Löhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen und Urlaub und Krankentlohn immer mehr durchzusetzen. Auf der 2. Reichskonferenz der Straßenbahner im Jahre 1913 konnte die Reichssekretion in ihrem Tätigkeitsbericht den Nachweis führen, daß sie für 41 000 Beschäftigte 79 Bewegungen, darunter 10 mit Arbeitszeinstellungen geführt hat, wobei in 19 Fällen die Arbeitszeit verkürzt, in 62 Fällen der Lohn erhöht, in 20 Fällen die Bezahlung von Ueberstunden und in 19 Fällen die Gewährung von freien Tagen erreicht wurde. Unter den schwierigen Verhältnissen der Vorkriegszeit Erfolge, welche die Gründung der Reichssekretion im Zentralverband glänzend rechtfertigen.

Ueber das „Koalitionsrecht der Straßenbahner“ referierte auf der Münchener Konferenz der Kollege Schulzki (Berlin). Das Koalitionsrecht der Straßenbahner war in der Vorkriegszeit besonders umstritten. Hierzu beigetragen hat das Kleinbahngesetz vom Jahre 1892 und die dazu herausgegebenen Bau- und Betriebsvorschriften, die dem Straßenbahner die Rechte und den Schutz der Gewerbeordnung vorenthielten. Damit war den Straßenbahndirektionen eine fast militärische Verfügungsgewalt gegenüber ihren Arbeitnehmern verliehen. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß Lohnungsappelle stattfanden, um die Schußlosigkeit des Straßenbahners zu erkennen. Die 1. Straßenbahnerkonferenz hat hierzu nachstehende Entschliebung (im Auszug) angenommen:

„Die erste Konferenz der Straßenbahner Deutschlands protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die nunmehr offen ausgesprochene Entrechtung der Straßenbahner und fordert für diese, weil Arbeiter und Angestellte in gewerblichen Unternehmungen, die Unterstellung unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung sowie alle diejenigen Gesetze, die zum Schutz der Arbeiter geschaffen werden. Die Konferenz beauftragt den Vorstand des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands dringend, alle Schritte einzuleiten, die zur Erreichung dieses Zieles notwendig sind.“

Unzweifelhaft hat die Verweigerung des Koalitionsrechts die Organisierung der Straßenbahner in der Vorkriegszeit schwer behindert. Um so anerkennenswerter ist es, wenn es der Reichssekretion Straßenbahner im Zentralverband in den folgenden Jahren gelungen ist, immer mehr Straßenbahner um sich zu scharen. Aus den 4000 Kollegen, die im Jahre 1907 zusammenkamen, sind inzwischen 60 000 geworden. Löhne, Arbeitszeit, Urlaub, Krankentlohn, Ruhelohneinrichtungen und andere Bestandteile der Arbeitsbedingungen sind heute durch Tarifverträge geregelt und weitestgehend verbessert. Die Straßenbahner sind wie die übrigen Arbeiter im Besitz der Vergünstigungen aus dem Betriebsrätegesetz, dem Arbeitsgerichts-gesetz und der Sozialversicherung. Aus Unfreiheit und Rechtlosigkeit hat der gewerkschaftliche Zusammenschluß und der gewerkschaftliche Kampf zu Freiheit und Recht geführt.

Wir wiederholen heute wie die Münchener Konferenz im Jahre 1907:

die freigewerkschaftliche Straßenbahner-  
organisation lebe hoch!

W. Kempfner.

## Arbeits- und Sozialrecht bei Errichtung von vorstädtischen Kleinsiedlungen

In der dritten Notverordnung vom 6. Oktober 1931 ist als Maßnahme zur Sicherung der Wirtschaft die Schaffung von „vorstädtischen Kleinsiedlungen und Kleingärten für Erwerbslose“ vorgesehen. Die Vergabe von Kleinsiedlungsstellen oder Kleingärten soll davon abhängig gemacht werden, „daß der Bewerber persönlich geeignet ist und daß er während einer gewissen Minderzeit an der Aufschließung des Geländes oder an der Errichtung der Baulichkeiten mitgearbeitet hat“ (§ 18). Durch Verordnung vom 23. Dezember 1931 sind nunmehr die arbeitsrechtlichen und sozialen Verhältnisse derjenigen Erwerbslosen, die sich an der Herstellung und Errichtung solcher Kleinsiedlungen und Kleingärten beteiligen, folgendermaßen geregelt:

Durch unentgeltliche Mitarbeit an solchen Unternehmungen wird kein Arbeitsverhältnis in Sachen des Arbeitsrechts begründet. Durch sie wird auch im Falle der Erkrankung des Beschäftigten kein Unterstüzungswohnsitz in Sachen der Fürsorgepflichtverordnung (§ 11) am Arbeitsort geschaffen.

Die Mitarbeit von Erwerbslosen bei solchen Siedlungsvorhaben ist auch dann als unentgeltlich anzusehen, wenn die geleistete Arbeit später bei Uebernahme der Stelle durch den Erwerbslosen im Uebernahmepreises berücksichtigt wird.

Während der unentgeltlichen Mitarbeit wird die normale Arbeitslosen- oder Kurzarbeiterunterstützung weiter gewährt. Krisenunterstützung wird gewährt, wenn die Berufsgruppe des Erwerbslosen entweder im bisherigen Wohnort oder im neuen Siedlungs-ort zur Krisenunterstützung zugelassen ist. Eine Meldepflicht nach dem ADAG besteht für diese Erwerbslosen nicht. Sie brauchen auch ihre Unterstüzung nicht selbst vom Arbeitsamt zu erheben, sondern die Auszahlung wird durch den Träger des Siedlungsunternehmens vermittelt. Dieser hat auch dem Arbeitsamt über die Teilnahme der Unterstüzungsempfänger an den Arbeiten zu berichten.

Die Beitragsleistung zur Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung erfolgt nach den Bestimmungen des ADAG, und die Arbeiten unterliegen der Unfallversicherung.

Ein Kleinsiedler bleibt in seinem bisherigen Fürsorgerverband noch drei Jahre nach Uebernahme der Siedlungsstelle fürsorgerechtigt. Die Gemeinde, in der die Ansiedlung erfolgen soll, darf jedoch den Zugang des Siedlers oder seiner Angehörigen nicht wegen Mittellosigkeit der Zugehörigen (§ 4 Gesetz über die Freizügigkeit) abweisen.

E. R.

# Die Stellung der deutschen Gewerkschaften zur Reparationsfrage

Don Th. Leipart, Vorsitzendem des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Durch das Hoover-Feierjahr war insofern ein Waffenstillstand eingetreten, als Deutschland für ein Jahr nur die ungeschützten Zahlungen in Reichsmark zu leisten hat (die es zudem in Anleiheform zurückbehalten darf), während der „Transfer“, also die Ueberweisung in ausländischen Zahlungsmitteln, infolge seiner Armut an Gold und Devisen völlig ruht. Nun wird zwar allgemein anerkannt, daß Deutschland zurzeit zahlungsunfähig ist. Aber man wirft ihm vielfach vor, daß es an dieser Zahlungsunfähigkeit selbst schuldig sei, weil es in übermäßigem Umfange Auslandsanleihen aufgenommen habe und mit diesen Anleihen verschwenderisch umgegangen sei. Man tadelt auch, daß es ohne Rücksicht auf den Vorrang der Reparationen diese privaten Auslandschulden als guter Schuldner zurückzahlen will. Nachdem vor kurzem der Sachverständigenausschuß in Basel sich mit diesen Fragen beschäftigt hat, werden sich jetzt die beteiligten Regierungen in Lausanne vereinigen, um über das gleiche Problem zu beraten.

## Warum brauchte Deutschland Auslandsanleihen?

Auf Grund des Vertrages von Versailles mußte Deutschland eine Reihe von Bar- und Sachleistungen auf sich nehmen: Barzahlungen, Uebernahme von Besatzungskosten, Abtretung von Staatseigentum, Auslieferung von deutschem Privateigentum im Inlande und im Auslande usw. Dann kamen die Reparationszahlungen in Form von Bar- und Sachleistungen auf Grund des Dawes-Planes und später des Young-Planes. Während die Höhe der Reparationszahlungen, die durch die beiden Pläne festgelegt waren, kaum umstritten worden ist, gingen die Schätzungen über die früheren Leistungen aus dem Vertrag von Versailles weit auseinander. Die Reparationskommission bewertete die deutschen Leistungen bis Ende 1922 mit 7,9 Milliarden Goldmark, der bekannte englische Nationalökonom Prof. Keynes mit 20 bis 25 Milliarden, die Amerikaner Moulton und McGuire mit 25,8 Milliarden, der jüngst verstorbene deutsche Nationalökonom Prof. Brentano mit 41,5 Milliarden. Die Schätzungen weichen also erheblich voneinander ab. Von Ende 1922 bis zum Dawes-Plan betragen die deutschen Reparationszahlungen nach Berechnung der Reparationskommission 2,5 Milliarden, vom Dawes-Plan (1924) bis zum Hoover-Feierjahr (1931) 14,6 Milliarden Reichsmark. Das ergibt zusammen seit dem Vertrag von Versailles die Summe von 25 Milliarden oder nach der höheren Schätzung von rund 58 Milliarden.

Die Bedeutung dieses Kapitalverlustes für die deutsche Wirtschaft ist nicht nur aus der Höhe der Leistungen zu ersehen. Man muß die Umstände hinzurechnen, unter denen die Leistungen erfolgten. Deutschland hatte durch den Vertrag von Versailles wertvolle Gebiete verloren; die neuen Grenzen zerrissen vielfach alte Handelsbeziehungen und zusammenhängende Produktionseinheiten; diese Schäden mußten ausgeglichen werden. Deutschland war durch eine vierjährige Blockade von Lebensmitteln und Rohstoffen entblößt; die fehlenden Vorräte mußten beschafft werden, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Deutschland hatte Schiffe, Eisenbahnmaterial, Vieh, Maschinen usw. abgeben müssen; es war gezwungen, für Ersatz zu sorgen. Seine Produktionsmittel mußten erneuert werden. Da während des Krieges keine Wohnungen gebaut worden waren, herrschte Wohnungsmangel; er mußte behoben werden. Um diese dringlichen Aufgaben zu erfüllen und sein Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, brauchte Deutschland in der gleichen Zeit, in der ihm gewaltige Kapitalsummen entzogen wurden, namhafte Beträge. Der heimische Kapitalmarkt aber war ausgeblutet und konnte die notwendigen Summen nicht aufbringen. Somit war Deutschland gezwungen, die Kapitalmärkte des Auslandes zu beanspruchen.

Die Erholung der deutschen Wirtschaft lag auch im Interesse der Siegerstaaten. Denn nur eine kräftige deutsche Wirtschaft konnte die jährlichen Reparationslasten aufbringen. Darum haben die Siegerstaaten sich bisher niemals darüber beklagt, daß Deutschland Anleihen im Auslande aufnahm, obwohl ihre Vertreter bis zum Ablauf des Dawes-Planes (März 1930) im Verwaltungsrat der Reichsbank, also der Kreditzentrale Deutschlands, Sitz und Stimme hatten. Und mehr: bei der Annahme des Dawes-Planes erhielt Deutschland von den fremden Regierungen selbst eine Anleihe von 800 Millionen Reichsmark, bei der Annahme des Young-Planes eine weitere Anleihe von 400 Millionen Reichsmark. Um so weniger sollte man also Deutschland jetzt die Aufnahme von Auslandsanleihen vorwerfen.

## Wem haben die Auslandsanleihen genützt?

Wir haben gesehen, daß Deutschland die abgelieferten 25 bis 58 Milliarden wenigstens notdürftig in seiner Wirtschaft ersetzen mußte. Trotzdem betragen die Auslandschulden, die ihm jetzt vorgeworfen werden, nicht einmal 25 Milliarden Reichsmark, einschließlich der Rembourskredite usw., die nur der laufenden Warenfinanzierung dienen und daher eigentlich von dieser Summe abgezogen werden müßten. Auf jeden Fall bleiben die Auslandskredite selbst hinter jenen Beträgen zurück, die die Reparationskommission und ihre Nachfolger als deutsche Leistung verbucht haben.

Fragen wir nun zunächst sachverständige Beurteiler, auf welchem Wege Reparationen ohne Schädigung der Wirtschaft geleistet werden können? Das Dawes-Komitee, dem bemerkenswerterweise kein einziger Deutscher angehörte, äußert sich dazu wörtlich:

„Die Reparationsleistungen selbst werden durch einen Exportüberschuß finanziert und können nur so finanziert werden... In ihrer finanziellen Auswirkung unterscheiden sich die Sachlieferungen tatsächlich nicht von Barzahlungen... Anleiheoperationen können die Sachlage zwar verschleiern oder ihre praktischen Auswirkungen zeitlich hinausschieben, vermögen sie aber nicht zu ändern.“

Auf welche Weise hat nun Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt? Durch Ueberschüsse seines Außenhandels oder durch Auslandsanleihen? Diese Frage beantwortet eindeutig die Zahlungsbilanz. Für die Jahre bis 1924 ist eine Aufstellung wegen der Inflation freilich nicht möglich. So bleiben nur die letzten sieben Jahre, die sich ungefähr mit der Geltungsdauer von Dawes- und Young-Plan decken. Der Uebersichtlichkeit halber rechne ich die Aktiv- und Passivposten, die sich aufheben, gegeneinander auf und komme somit zu folgender vereinfachter, aber für unsere Zwecke genügenden Darstellung:

Zufluß und Verwendung von Devisen in Deutschland 1924—1930			
in Milliarden Mark			
Herkunft	Betrag	Verwendung	Betrag
Langfristige Auslandsanleihen . . . . .	8,2	Passivsaldo der Warenhandels- und Dienstleistungsbilanz . . .	3,1
Kurzfristige Auslandsanleihen . . . . .	8,9	Zinsen für Auslandschulden . . . . .	2,7
Ueberschuß deutscher Effektenverkäufe über deutsche Käufe vom Ausland . . . . .	1,1	Gold- und Devisenzugang bei den Notenbanken . . . . .	2,1
		Reparationen (Barzahlungen) . . . . .	10,3

Ein Blick auf die rechte Seite der Tabelle zeigt uns, daß Deutschlands Außenhandel keinen Devisenüberschuß gebracht hat, sondern im Gegenteil einen Fehlbetrag von 3,1 Milliarden. Womit sind also die 10,3 Milliarden an baren Reparationsleistungen (ohne die Sachlieferungen!) bezahlt

worden? Ein Blick auf die linke Seite der Tabelle belehrt uns: nur durch die Auslandsanleihen. Man soll also Deutschland nicht hinterdrein den Vorwurf machen, daß es die Reparationen durch die Aufnahme jener Auslandskredite gefährdete.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich eine Folgerung, die bei den kommenden Reparationsverhandlungen in Lausanne beachtet werden muß. Man sagt, daß die privaten Auslandschulden kein Vorrecht vor den Reparationen haben dürfen. Aber der Vorgang hat sich doch so abgespielt, daß die anfallenden Dividenden der Auslandsanleihen zuerst den Siegerstaaten zugestossen sind. Diese haben also die Priorität genossen.

#### Reparationszahlungen sind nicht mehr berechtigt.

Dier Jahre Weltkrieg haben blühende Gegenden Frankreichs und Belgiens verwüstet. Erfreulicherweise sind heute in jenen Gebieten die Spuren des Krieges verwischt. Die Kosten der Wiederaufbauarbeit sind unseres Erachtens durch die von Deutschland abgelieferten Milliardenwerte bereits gedeckt; damit ist dem Recht auf Reparationen ohne Zweifel Genüge geschehen.

Die Reparationskommission hat Deutschlands Leistungen anerkennen und buchen müssen. Der Reparationsagent hat viermal jährlich ordnungsgemäß bestätigt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen pünktlich und in vollem Umfange nachgekommen ist. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der letzte Nachfolger dieser Kontrollinstanzen, hat keine Beanstandungen erhoben. Deutschland hat also die Verträge voll erfüllt. Zurzeit ist es von seinen Verpflichtungen entbunden. Hat es die Reparationszahlungen später wieder aufzunehmen? Mir scheint im Gegenteil der Zeitpunkt zur endgültigen Liquidation der Reparationszahlungen gekommen.

Deutschland hat sich, wie wir gesehen haben, die Devisen zur Zahlung der Reparationen nicht auf dem Wege beschaffen können, den bereits der Dawes-Plan als den einzig richtigen bezeichnete: nämlich durch die Uberschüsse seiner Handelsbilanz. Es wird nachdrücklich darauf hinweisen müssen, daß der Saldo seines Außenhandels im Durchschnitt von sieben Jahren passiv gewesen ist. Die Reparationsdevisen sind nur auf eine Weise erworben worden, die der Dawes-Plan als Verschleierung gebrandmarkt hat: nämlich auf dem Wege der Auslandsanleihen.

Deutschland muß aber auch darauf hinweisen, daß die Voraussetzungen des Young-Planes nicht erfüllt sind. Der Young-Plan war auf der Erwartung aufgebaut, daß die Weltwirtschaft aufblühen und damit Deutschlands Belastung von Jahr zu Jahr erleichtert werde. Diese Hoffnung ist kläglich zusammengebrochen und wird sich nach menschlichem Ermessen auch in absehbarer Zeit nicht erfüllen. Der Young-Plan beruhte insbesondere auf der Voraussetzung, daß Deutschland durch eine Vergrößerung seiner Ausfuhr die notwendigen Devisen zur Durchführung der Reparationszahlungen erwerben könne. Das Gegenteil ist eingetreten. Durch gewollte oder ungewollte Währungsverschlechterungen, durch Devisenbewirtschaftung, durch erhebliche Zollerhöhungen, durch Einfuhrbeschränkungen und -verbote aller Art haben die unmittelbaren und mittelbaren Reparationsgläubiger Deutschlands Ausfuhrmöglichkeiten aufs empfindlichste eingeschränkt. Alle diese Tatsachen stehen in schroffem Widerspruch zu dem Sinn des Vertrages. Deutschland hat seine Verpflichtungen erfüllt. Die deutsche Arbeiterschaft erwartet, daß die Siegerstaaten das gleiche tun werden. Die Welt leidet unter der Fortsetzung des Weltkrieges mit wirtschaftlichen Waffen. Das Elend ist entsetzlich groß. Gebt der Welt endlich den wahren Frieden.

## Unsere Jugend

### Die junge Generation spricht

Dem Bemühen des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände ist es gelungen, die junge Generation auch im Rundfunk, und zwar auf der „Deutschen Welle“, zu Worte kommen zu lassen. „Das bereitwillige Entgegenkommen der Leitung der Deutschen Welle sowie des Vorsitzenden des politischen Ueberwachungs Ausschusses der Deutschen Welle kann als Zeichen gewertet werden, daß auch der Rundfunk vor sich auf eine lebendige Ausgestaltung seiner Sendungen Wert legt und mit uns in dem Rundfunk einen jener wenigen uns noch verbliebenen Orte sucht, in denen im Rahmen einer großen Öffentlichkeit noch eine Auseinandersetzung zwischen Menschen verschiedener Richtungen in aller Ernsthaftigkeit und gegenseitiger Achtung der Meinungen möglich ist. Wir hoffen, daß diese Auseinandersetzungen viele Zuhörer der Gespräche davon überzeugen wird, daß es gegenwärtig nicht nur junge Menschen gibt, die in blindem Fanatismus und in geistiger Verbohrtheit ihre Meinungen mit ungeistigen Mitteln auskämpfen, sondern daß in weiten Schichten auch noch eine Jugend zu finden ist, die ernsthaft um die Fragen der Zeit ringt und die, so meinen wir, für den Bestand und die Entwicklung des Staates und Volkes bedeutender als jene erste ist.“

Ein Vortrag des Geschäftsführers der deutschen Jugendverbände leitete diese Arbeit ein. Nachstehende Auseinandersetzungen bzw. Unterhaltungen empfehlen wir unseren Jugendfunktionären und Jugendkollegen aufs dringendste abzuhören.

24. Januar 1932. Gedanken zur Zeit. Es sprechen: Ein volkskonservativer Student, ein katholischer Verbandssekretär, ein sozialistischer Mechaniker, eine evangelische Frauenschülerin.

31. Januar 1932. Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Jugend. Es sprechen: Ein Verbandsangestellter, eine Kantoristin und ein Maschinenbauer.

7. Februar 1932. Wie kann der erwerbslosen Jugend geholfen werden? Es sprechen: Ein Maschinenbauer, eine erwerbslose Jugendleiterin und ein Primaner.

14. Februar 1932. Sollen wir heute noch einen Beruf erlernen? Es sprechen: Ein gelernter Metallarbeiter, eine ungelernete Montiererin und ein Gewerkschaftsangehöriger.

21. Februar 1932. Abrißung — Aufrüstung? Es sprechen: Ein katholischer Schüler einer höheren Lehranstalt, ein sozialistischer Maurer, eine evangelische Frauenschülerin und ein volkskonservativer kaufmännischer Angestellter.

28. Februar 1932. Sollen wir jungen Menschen uns mit Politik beschäftigen? Es sprechen: Ein junger Volkskonservativer, ein junger Katholik und ein junger Sozialist.

6. März 1932. Sollen wir jungen Menschen uns mit Politik beschäftigen? Es sprechen: Eine evangelische Frauenschülerin, eine junge Katholikin, eine junge Sozialistin.

13. März 1932. Wie sehen wir zu den heutigen Formen des politischen Kampfes? Es sprechen: Ein evangelischer Student, ein katholischer Student, ein junger sozialistischer Kesselschmied.

3. April 1932. Kollektivismus oder Individualismus? Es sprechen: Ein Student, ein Justizanwärter, ein kaufmännischer Angestellter.

Weitere Gesprächsthemen sind vorgegeben und werden vorbereitet. — Diese Themen bieten wertvollen Diskussionsstoff für unsere Gruppenarbeit. Bei dieser Gelegenheit sei auf die Möglichkeit der sonstigen Verwendung des Rundfunks in unserer Gruppenarbeit hingewiesen. Ein großer Teil der Sendungen der Deutschen Welle wie auch des bezüglichen Senders, gleich ob es Vortrag oder musikalische Darbietung, eignen sich vielfach zur Mitgestaltung von Gruppenabenden und können vor allem in Kleinstädten ein guter Helfer unserer Jugendarbeit sein. Ihr werdet einwenden, daß in den meisten Fällen die Gruppe keine Funkanlage besitzt, aber in dem größten Teil der Fälle wird es möglich sein, bei einem der älteren Kollegen eine solche Anlage für obige Zwecke auszulihen.

Wichtig ist auch folgendes: Die Reichsjugendleitung bei dieser oder jener Gelegenheit mit einer Meinungsäußerung über das Gehörte zu bedenken. Ihr der Erfolg oder Mißerfolg der durchgeführten Versuche mitteilen. Auch der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, Berlin NW 40, Alsenstraße 10, würde allen Hörem aufrichtig dankbar, wenn sie ihre Eindrücke von den einzelnen Sendungen und ihre Kritik einsenden wollten.

Beachtet also in den Funkprogrammen die Sendungen: „Die junge Generation spricht!“  
Hans Müller, Berlin.

# Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 3 Berlin, den 23. Januar 1932 3. Jahrgang

## Der größte Elektrizitätskonzern Der RWE-Abschluß

**W**ährend in den vergangenen Jahren das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) immer Steigerungen des Stromabgabes zu verzeichnen hatte, bringt das Geschäftsjahr 1930/31 einen 12prozentigen Rückgang der nutzbar abgegebenen Strommenge. 2.782.146.621 kWh Stromabgabe im Jahre 1929/30 steht eine solche von 2.448.215.820 kWh im Jahre 1930/31 gegenüber. Selbst der Absatz an Lichtstrom ist trotz des Neueinbaus von etwa 60.000 Zählern und regster Propaganda für Energieverbrauch im Haushalt gegenüber 1929 gefallen. Die Kaufkraftminderung durch Senkung der Löhne und Gehälter tritt also auch hier deutlich in Erscheinung. Wenn trotz der herrschenden Krise nur ein Rückgang von 12,5 Proz. eingetreten ist, so ist das darin begründet, daß im abgelassenen Geschäftsjahr eine Anzahl großer Werke der eisenerarbeitenden Industrie und des Bergbaus dem Versorgungsgebiet des RWE neu angeschlossen wurden.

Nicht einbegriffen in die Stromlieferungszahlen ist die Stromlieferung der betrieblich mit dem RWE-Netz zusammenhängenden Unternehmungen, und zwar der Mainkraftwerke-AG, Frankfurt-Höchst, mit rund 91 Millionen kWh (Vorjahr 105 Millionen kWh), der Braunkohlenindustrie-AG, Zukunft, Weißweiler, mit 189,5 Millionen kWh (Vorjahr 199,2 Millionen kWh) und der Paderborner Elektrizitätswerk- und Straßenbahn-AG, Paderborn, mit 26,8 Millionen kWh. Die Stromabgabe des RWE und der Konzernunternehmungen betrug rund 3.250.000.000 kWh gegenüber rund 3,5 Milliarden kWh im Vorjahr.

Das Geschäftsjahr 1930/31 ist das erste, in welchem sich das Absatzgebiet des RWE nicht wesentlich erweiterte. Die Verhandlungen wegen Übernahme der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG. sind noch nicht abgeschlossen.

Der Geschäftsbericht gibt weiter bekannt, daß das Vermantwerk der Dörralberger Jäwerke AG. in Betrieb ist und der erste Ausbau der Schlachsewerke AG. ist mit dem Kraftwerk Häusern in vorläufigen Betrieb gekommen. Die vollständige Fertigstellung wird im nächsten Jahr erfolgen. Die Zusammenarbeit mit dem Schlachsewerk erfolgt über dem inzwischen ebenfalls fertiggestellten und in Betrieb genommenen Abzweig der 220/380.000-Volt-Leitung. Das Höchstvoltnetz wurde auch im laufenden Geschäftsjahr weiter ausgebaut. Im Netz sind nunmehr 12 eigene Höchstvolstationen für 220.000-Volt-Spannung und 50 eigene Hochvolstationen für 110.000-Volt-Spannung in Betrieb.

Gegenüber dem eingangs erwähnten Rückgang von Lichtstrom gelang es, den Absatz an Haushaltsstrom auf über das Dreifache zu steigern. Während nach dem bisherigen Haushaltstarif bei einer Monatsentnahme von 100 kWh Wärmestrom die kWh 8 Pf. kostet und der Lichtstrom 15% Pf., ist dieser Haushaltstarif nunmehr dahin abgeändert worden, daß bei vollelektrischem Haushalt bei ausschließlich elektrischem Kochen und Benutzen von Warmwasserspeichern und bei einer Mindestentnahme von 150 kWh je Monat auch der Lichtstrom 8 Pf. je kWh kostet. Die Strommenge über 150 kWh im Monat wird für beide Verbrauchsarten mit 5 Pf. pro kWh berechnet. Durch diese Maßnahmen gelang es, einen Teil des Stromrückgangs wettzumachen. Trotzdem hat die Wirtschaftskatastrophe den eingangs erwähnten Rückgang gebracht, so daß auch der Ueberfluß zurückgehen mußte. Auch in den ersten Monaten des Geschäftsjahres ist ein weiterer Rückgang der Stromabgabe zu verzeichnen. Weiter beklagt sich das RWE darüber, daß über 12 Millionen Mark an Steuern zu zahlen seien, wogegen die rein kommunalen Betriebe oder die der Länder und die des Reichs von

den Reichsteuern bekaunntlich freigestellt seien. Hierbei ist zu bemerken, daß die kommunalen Werke das Vielfache dieser Steuer-summe für den Etat der Städte, insbesondere für die Entlastung der Wohlfahrtsämter, abführen.

Die Verknüpfung und Verbundwirtschaft der in der Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft-AG. zusammengeschlossenen Unternehmungen wurde im laufenden Geschäftsjahr weiter fortgesetzt. Die 100.000-Volt-Leitungen des RWE. und die 50.000-Volt-Leitungen der Mainkraftwerke wurden neuerdings bei Ems und in gleicher Weise die vom Oberrhein kommenden 100.000-Volt-Leitungen des Badenwerks mit den zum Schlachsee führenden Leitungen des RWE. im Schlachsewerk erneut gekuppelt. Weitere Verbindungen wurden hergestellt mit der Staustufe Heckarsteinach und Harkort bei Wetter. Insbesondere wirkt sich die Verbundwirtschaft Westdeuschlands sinnfällig dahin aus, daß im Bereiche der Partner der Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft-AG. Wassermengen, die vor der Verknüpfung unausgenutzt über die Wehre der Wasserkraftwerke fließen mußten, nunmehr nicht mehr vorkommen. Der AG. für deutsche Elektrizitätswirtschaft ist das RWE. inzwischen ebenfalls beigetreten. Zu dem bekannten Generalplan Oskar Müllers sagt der Geschäftsbericht unter anderem folgendes:

„Die Einpressung der Elektrizitätswirtschaft in einen Zwangssplan, der nach Lage der Verhältnisse im westdeutschen Wirtschaftsgebiet bereits als überholt anzusehen wäre, erscheint mit Rücksicht auf die bisherige Entwicklung der deutschen Elektrizitätswirtschaft als sehr bedenklich. Die schnelle Entwicklung der Elektrotechnik vertritt keine starren Formen und Ausbauformen. So ist z. B. auch der im Jahre 1916 von Herrn Scheinrat Klingenberg aufgestellte Generalplan, der nach dem damaligen Stande der Technik 100.000-Volt-Verknüpfungsleitungen vorsah, schon bald durch die natürliche Entwicklung überholt worden. Deshalb sollte auch für die anderen Elektrizitätswirtschaftsgebiete Deutschlands, ganz abgesehen von dem der westdeutschen, die Aufstellung eines starren Generalplanes schon mit Rücksicht darauf unterbleiben, daß auch dort bereits die Verknüpfungen im Wege freier Verständigung unter den beteiligten Werken fländig erforderliche Fortschritte machen.“

Bezüglich der paneuropäischen Elektrizitätspläne steht das RWE. auf dem Standpunkt, dem natürlichen Verlauf der Entwicklung keine Gewalt durch eine Organisation von oben nach unten anzutun, sondern einer Endlösung durch wirtschaftlich vertretbare Teillösungen von Fall zu Fall zuzustreben.

Die Nachtbahnen und die vom RWE. betriebenen Kraftwagenlinien haben infolge der anhaltenden Wirtschaftskrise einen Verkehrsrückgang zu verzeichnen. Hier wurde ein Verlast von 474.446,82 Mk. verbucht.

Die Gasabgabe ging ebenfalls weiter zurück und spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Der Gesamtgasabgab betrug 12.284.387 Kubikmeter.

Im einzelnen weist die Bilanz folgende Ziffern auf:

Aktiva:

	30.6.31	30.6.30
	in Mill. Mk.	
Eigene Betriebe	665,47	608,30
Wertpapiere und Beteiligungen	152,56	164,73
Vorläufige an angegliederte Werke	39,33	36,90
Disagio der Dollaranleihen	10,68	10,80
Kontokorrentausgleichner	123,30	171,58
Vorräte	8,16	9,00
Kasse	0,18	0,24

## Passiva:

	30. 6. 31	30. 6. 30
	in Mill. Mk.	
Aktienkapital . . . . .	243,00	243,00
Reservefonds . . . . .	53,77	52,91
Anleihen, alte . . . . .	1,51	1,51
4 bisherige Dollaranleihen . . . . .	260,27	264,57
Neue Dollaranleihe . . . . .	31,50	—
Am 30. Juni fällige Zinsen . . . . .	4,56	4,51
Hypothekenschuld . . . . .	0,91	0,64
Thiel-Stiftung . . . . .	2,58	2,11
Derficherungen . . . . .	12,85	12,85
Kontokorrentgläubiger . . . . .	105,40	142,69
Schulden bei angegliederten Werken und ähnlicher langfristiger Schulden . . . . .	62,97	64,97
Gesamtabschreibungen . . . . .	209,90	185,88
Ueberschüsse . . . . .	11,25	26,48

Das Konto „Eigene Betriebe“ hat sich im wesentlichen erhöht infolge der Abrechnungen auf die inzwischen durchgeführten Bauten der letzten Jahre, der Fertigstellung und insbesondere der Ergänzung des Höchstspannungswoltnetzes für den Anschluß neuer Abnehmer und der laufenden Erweiterungen der Ueberspannungsnetze.

In der Gewinn- und Verlustrechnung enthält das Konto „Wartungskosten, verschiedene Ausgaben und Zinsen“ einen Betrag von 19,7 Millionen Mark an Zinsen. Das Konto „Betriebsgewinne und Zinsen“ enthält eine Zinseinnahme von 3,88 Millionen Mark und an Einnahmen aus Effekten und Beteiligungen wie an sonstigen Einnahmen 14,816 Millionen Mark. Nach den Abschreibungen von 25,412 Millionen Mark ergibt sich ein Ueberschuß von 11,255 Millionen Mark, nachdem über das Gewinn- und Verlustkonto ein Betrag von 6,855 Millionen Mark zu besonderen Abschreibungen verbucht wurde.

Gewinn- und Verlustrechnung  
vom 1. Juli 1930 bis 30. Juli 1931.

## Soll

	Mark	Pf.
Wartungskosten, verschiedene Ausgaben und Zinsen . . . . .	32 047 040	80
Abschreibungen . . . . .	25 412 104	83
Verteilung des Ueberschusses:		
5 Proz. Dividende . . . . .	10 473 540,—	Mk.
Cantime . . . . .	287 701,83	Mk.
Dortrag auf neue Rechnung . . . . .	494 610,—	Mk.
	68 714 997	46

## Haben

	Mark	Pf.
Dortrag aus 1929/30 . . . . .	56 390	—
Betriebsgewinne und Zinsen . . . . .	68 658 607	46
	68 714 997	46

Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung eine Dividende von 5 Proz. vorzuschlagen, gegenüber 10 Proz. in den beiden Vorjahren. Daneben sind 6,85 Millionen Mark als Sonderabschreibungen gebucht; außerdem wurden 438 000 Mk. als vermehrter Vortrag reserviert. Würden diese 7,29 Millionen Mark ebenfalls ausgeschüttet, so könnte die Dividende um rund 3 Proz. erhöht werden. Die künstlich verringerte Dividende muß die angefallenen Gemeinden in neue finanzielle Schwierigkeiten bringen.

Ueber Gehälter, Löhne, Werkwohnungen und Pensionslasten bringt der Geschäftsbericht nichts, obwohl die Öffentlichkeit sicherlich ein Interesse daran hat, inwieweit diese Dinge die Elektrizitätswirtschaft belasten. Vielleicht holt dieses der nächste Geschäftsbericht nach.  
Josef Orlopp.

## Mitropa

Der „Westdeutsche Beobachter“ brachte vor einiger Zeit einen Artikel, der sich mit den Geschäftsmethoden der Mitropa befaßt. Gleichzeitig wurde versucht, den freien Gewerkschaften, die als Tarifkontrahenten für das gewerbliche Personal der Mitropa in Betracht kommen, etwas anzuhängen, was mit den tatsächlichen Vorgängen in keinem Zusammenhang steht. Die Freude über das Verschwinden der „marxistischen Bonzen“ ist sehr groß, weil durch den Einzug der Nazis die „unpolitischen“ Ständesvertretungen zur Förderung der betrieblichen und der Ständesinteressen der Arbeitnehmer an diese Stelle treten sollen. Die Tatsache, daß Prinzen, ehemalige Offiziere und alle sonstigen Reaktionäre innerhalb der Nazi-Partei die Führung haben, ist auf die Gemütsverfassung des Artikelschreibers nicht ohne Wirkung geblieben. Hat denn dieser Ständesvertreter schon einmal darüber nachgedacht, was überhaupt aus dem Mitropa-Unternehmen werden soll, wenn Ausländer und Juden aus dem Kundenkreis des Unternehmens auszuschneiden haben? Wozu aber solche Erwägungen anstellen, wo es doch für ihn leichter und schöner ist, sich an den Naziphrafen zu ergötzen.

Wie wenig Sachkenntnis die Ständesvertretung besitzen würde, geht aus dem Artikel mit aller Deutlichkeit hervor, indem darin die Auffassung vertreten wird, daß es bei dem Schlichtungsverfahren im Frühjahr 1929 hätte möglich sein müssen, für die Schlafwagenschaffner feste Gehälter zu erwirken, und gleichzeitig hätte auch der Bedienungsgeldaufschlag von 1 Mk. pro Bettplatz dazu kommen müssen. Daß dies nicht gelungen ist, wird den marxistischen Gewerkschaften zum Vorwurf gemacht. Daß es bei der Behandlung solcher Angelegenheiten nur das eine oder das andere praktisch geben kann, um überhaupt zu einer konsequenten Entlohnung zu gelangen, scheint dem Nazi völlig unbekannt zu sein. Die Monatsgehälter für Schlafwagenschaffner wurden damals in drei Staffeln je nach der Beschäftigungsdauer in der Höhe von 220, 245 und 270 Mk. festgesetzt. Durch diese Regelung kamen die Kollegen endlich von der bis dahin bestandenen unwürdigen Entlohnungsart los, indem sie gehalten waren, durch Trinkgelder ihren sehr geringen Lohn zu verbessern. Wenn bei dieser Umstellung der Entlohnungsart die Mitropa ein gutes Geschäft gemacht hat, so möchten wir darauf verweisen, daß daran ein Teil der Schlafwagenschaffner nicht unschuldig war. Von den Gewerkschaften wurde jahrelang vor dem Schlichtungsverfahren 1929 den

Kollegen empfohlen, feste Gehälter zu verlangen, was leider nicht genügend unterstützt wurde. Wäre man rechtzeitig dazu übergegangen, die Ansicht der Gewerkschaft zu unterstützen, dann hätte die Direktion es wahrscheinlich nicht so leicht gehabt, den gegenwärtigen Aufschlag auf den Bettkartenspreis zu erheben.

Es wird aber wenig Zweck haben, gegen solche Anpöbeleien mit sachlichen Argumenten anzugehen, denn die von den Nazis ersehnte unpolitische Ständesvertretung kann weiter nichts sein, als eine neue Auflage der früheren Gelben. Aus solchen Kriechern werden keine Kämpfer hervorgehen. Im übrigen besteht in Berlin bei der Mitropa kein Gesamtbetriebsrat, sondern wie in allen anderen Zweigstellen ein örtlicher Betriebsrat, was doch wenigstens bei einem früher Beschäftigten der Mitropa als bekannt vorausgesetzt werden mußte. Wenn der Kölner Nazi es aber für notwendig erachtet, den Berliner Betriebsrat ebenfalls herunterzureißen, dann gestatten wir uns, darauf hinzuweisen, daß er sich damit in Widerspruch mit seinen Berliner Anhängern befindet, denn diese haben an der Tätigkeit des Betriebsrats nichts auszusetzen. Unsere Kollegen werden dafür sorgen, daß auch im Bereich der Mitropa die Nazibäume nicht in den Himmel wachsen, denn solche Artikel wie der im „Westdeutschen Beobachter“ zeigen, wohin die Reise für die Beschäftigten gehen soll.  
W. Rö.

## GAS • WASSER • ELEKTRIZITÄT

3000 Bewag-Arbeiter nehmen Stellung zur Notverordnung. In einer überfüllten Versammlung der Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke am 7. Januar 1932 in den Germania-Sälen referierte Kollege Orlopp über die Ursachen und Auswirkungen der Notverordnung. Ausgehend von der Einengung der Produktionsbasis, die seit dem Kriege zwangsläufig eingetreten ist, schilderte der Referent die Vorgänge, die zu dieser Krise mit ihren 5,66 Millionen Arbeitslosen führten. Die Forderungen der Gewerkschaften, die Arbeitszeit der technischen Entwicklung folgend, zu kürzen, wurden von der bürgerlichen Regierung nicht beachtet. Auch die neue Notverordnung bringt keinerlei Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Sie schwächt die Kaufkraft des deutschen Volkes noch mehr. Die Gewerkschaften müssen mit allen Mitteln versuchen, dies zu verhindern. Sie werden deshalb tatkräftig mitarbeiten, damit die vorgelebene Preissenkung auch tatsächlich eintritt. Ein Antrag der Kommunisten, sofort in den

Streik zu treten, wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Einmütig wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Die am 7. Januar 1932 in den Germania-Sälen versammelten 3000 Belegschaftsmitglieder der Bewag erheben schärfsten Einspruch gegen die neuen Befastungen, welche der Arbeitnehmerschaft durch die Vierte Notverordnung auferlegt werden. Die neue Lohn- und Gehaltsentzung sowie die Verschlechterung der Sozialversicherung bedeuten einen furchtbaren Druck auf die Lebenshaltung aller Werktätigen. Dabei ist die Notverordnung in keiner Weise geeignet, die Wirtschaftskrise zu mildern und die Arbeitslosigkeit einzuschränken. Weder ein Arbeitsbeschaffungsprogramm noch sonstige Maßnahmen zu einer sofortigen Verminderung der Arbeitslosigkeit sind in ihr enthalten, obwohl ganz bestimmte Vorschläge der Gewerkschaften hierfür vorliegen. — Die Versammlung verlangt von der Reichsregierung die Befreiung der unerträglichen Härten des Lohnabbaus sowie eine stärkere Befastigung tariffähiger Schultern und Schonung der Beschäftigten, von ihrem Arbeitseinkommen lebenden Bevölkerungsschichten. Sie fordert vor allem, daß nicht nur die in der Notverordnung vorgeschriebenen Preisentzugsmaßnahmen mit derselben Rücksichtslosigkeit wie der Lohnabbau durchgeführt werden, sondern daß darüber hinaus eine allgemeine weitergehende Senkung des Preisniveaus erfolgt. — Die Versammlung wehrt mit Entrüstung die Angriffe und falschen Behauptungen der NSD. und Kommunisten auf den Betriebsrat und die Gewerkschaften ab. Ebenso weist sie die Angriffe und Entstellungen der Scharfmacherypresse auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der bei den Werken Beschäftigten Arbeitnehmer aufs energischste zurück. Es handelt sich hier zweifellos um ein planmäßiges Vorgehen, um Stimmung zu machen für eine weitere Verschlechterung unserer Tarife. Im Hinblick auf diese Tatsache und der uns bevorstehenden schmerzlichen Kämpfe bei Abschluß der neuen Verträge verpflichtet sich die Versammlung, alles zu tun, um die gewerkschaftliche Organisation zu festigen und den Betriebsrat bei dieser Arbeit im Interesse der Bewag-Arbeiter mit allen Mitteln zu unterstützen. Eiserne Disziplin und engste Zusammenarbeit ist in dieser Krisenzeit notwendig denn je!“

In einem kräftigen Schlußwort forderte der Vorsitzende des Betriebsrats, Kollege E l d n e r, die Versammlung auf, trotz aller Schwierigkeiten und Notverordnungen auch in Zukunft der Organisation die Treue zu bewahren. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung und den Gesamt-Verband wurde die imposante Kundgebung geschlossen.

## Landstraßenwärter

Die Befastungsfrage der Landstraßen. Zweimal im Abstände von fünf Jahren, 1924/25 und 1928/29, haben Reichsverkehrszählungen stattgefunden, bei denen auf allen deutschen Straßen in gewissen Abständen genau Zahl, Art und Befastung der vorüberkommenden Fahrzeuge ermittelt wurde, um ein genaues Bild der durchschnittlichen und besonderen Inanspruchnahme und Bedeutung dieser Straßen zu gewinnen. Am wichtigsten aus diesen Erhebungen ist das Ergebnis aus dem Umkreise Berlins, weil hier die Befastung der Landstraßen zweifellos am stärksten ist. Die Möglichkeiten, die sich aus diesen Zählergebnissen für die Straßenbauer ergeben, bedürfen keiner näheren Begründung. Man kann daraus Schlüsse ziehen auf die Straßenbreite, die Straßendecke und die Aufwendung der Mittel, die zum Unterhalt der Straßen erforderlich sind. Das Ergebnis zeigt, daß die mit Pferden bespannten Fahrzeuge immer mehr zurückgehen, während der Kraftfahrzeugverkehr zunimmt. Die folgende Uebersicht, die das Zählergebnis im engeren Umkreise von Berlin wiedergibt, eröffnet einen aufschlußreichen Einblick in die Entwicklung:

	Fuhrwerke	Kraftträder- und Personenkraftwagen	Lastkraftwagen	zusammen
1924/25	1799	2568	876	5 243
1928/29	1088	8870	2697	12 655

Hieraus geht hervor, daß der Gesamtverkehr um 7412 Fahrzeuge zugenommen hat. Die Zunahme entfällt jedoch einzig und allein auf den Kraftverkehr. Der Fuhrwerksverkehr nahm um 711 Fahrzeuge oder 39,5 Proz. ab, dagegen stieg der Verkehr mit Kraftträdern und Personenkraftwagen um 6302 Fahrzeuge oder 185,1 Proz.; bei den Lastkraftwagen ist eine Zunahme um 1821 Fahrzeuge oder 207,8 Proz. zu verzeichnen. Das Gesamtgewicht der verkehrenden Fahrzeuge betrug 1924/25 13 142 Tonnen gegen 31 686 Tonnen 1928/29. Die Zunahme beziffert sich auf 18 544 Tonnen oder 148,7 Proz. Daraus ergibt sich eine erheblich stärkere Befastung der Landstraßen und eine schnellere Abnutzung. — Die Durchführung der Zählung im weiteren Umkreise von Berlin, und zwar in einer Entfernung von 25 bis 60 Kilometer, hat kein wesentlich anderes Ergebnis gebracht. Auch hier zeigt sich eine starke Abnahme des Fuhrwerksverkehrs und die Zunahme des Kraftverkehrs.

	Fuhrwerke	Kraftträder- und Personenkraftw.	Lastkraftwagen	zusammen	Gewicht in t
1924/25	1189	1642	416	3250	7 442
1928/29	884	4801	1034	6719	15 355

Der Fuhrwerksverkehr nahm um 25,6 Proz. ab, der Verkehr mit Kraftträdern und Personenkraftwagen nahm um 192,4 Proz.

zu, der mit Lastkraftwagen um 147 Proz. und das Gewicht stieg um 106,3 Proz. Im engeren Umkreise von Berlin ist die Zunahme stärker. — Das Ergebnis zeigt uns vor allem eine starke Zunahme des Gesamtverkehrs, was hauptsächlich in der Gewichtszunahme zum Ausdruck kommt. Daraus ergibt sich mit natürlicher Notwendigkeit, daß heute für den Straßenbau erheblich größere Mittel aufgewendet werden müssen als vor fünf Jahren. Der Straßenbauer muß mit dieser Tatsache rechnen, und die Berechnung der Unterhalts- und Erneuerungskosten hat unter diesem Gesichtspunkte stattzufinden. In allen Teilen Deutschlands wird die Zunahme des Verkehrs nicht im gleichen Umfange erfolgt sein wie hier im Umkreise von Berlin, das wegen seiner Lage und Stellung als Reichshauptstadt für die Verkehrsentwicklung überhaupt eine besondere Bedeutung hat. Die Abnutzung der Landstraßen ist hier naturgemäß bedeutend größer als in den Gebieten, wo der Verkehr nicht so stark ist; dementsprechend sind hier auch die Unterhaltskosten gewaltig höher. Es zeigen uns aber diese Ergebnisse, welche Bedeutung die Landstraßen durch die starke Verkehrszunahme im Wirtschaftsleben heute besitzt. In den öffentlichen Haushalten wird diese Tatsache in Zukunft mehr Berücksichtigung finden müssen, als es bisher der Fall war.

## RUNDSCHAU

Die Verwendung der öffentlichen Anleihen. Vor einiger Zeit brachte die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ einen gefäßigen Artikel gegen die Anleihenwirtschaft der öffentlichen Hand. Es wurde darin die Behauptung aufgestellt, daß die Länder und Gemeinden eine leichtfertige Anleihepolitik getrieben hätten. Wahlos wären Auslandsanleihen hereingenommen worden und man habe Luxusbauten, große Bäder und andere überflüssige Einrichtungen damit hergestellt. Wenn solche grundlosen Behauptungen in Deutschland verbreitet werden, braucht man sich nicht zu wundern, daß auch das Ausland über die Verwendung der Anleihen so denkt. Tatsächlich ist die Auffassung sehr stark im Ausland verbreitet, daß Deutschland mit den im Ausland aufgenommenen Anleihen verschwenderisch gewirtschaftet hat. Um so erfreulicher ist es, daß der Reichskanzler Dr. Brüning auf einem Bankett der amerikanischen Handelskammer in Berlin durch den Wirtschaftsminister W a r m b o l d diese falschen Behauptungen einmal durch Tatsachen hat richtigstellen lassen. Der Reichskanzler ließ erklären:

„In der amerikanischen Öffentlichkeit ist der Vorwurf gegen uns erhoben worden, daß wir eine leichtfertige Anleihepolitik betrieben und die uns aus dem Ausland zur Verfügung gestellten Anleihen unsachgemäß und verschwenderisch verwendet hätten. Hierbei wird vor allem auf die Städte verwiesen, die mit dem Erlös der Auslandsanleihen Luxusbauten errichtet hätten; die Planetarien, die Bäder und die Stadien werden in diesem Zusammenhang immer wieder genannt. Es droht nachgerade ein Schlagwort zu werden, als seien die nach Deutschland gestroffenen amerikanischen Anleihen in der Hauptsache zu städtischen Luxusbauten verwendet worden. Ich will ohne weiteres zugeben, daß es wünschenswert gewesen wäre, wenn wir überhaupt in der Vergangenheit weniger im Auslande geborgt hätten, und wenn besonders solche Anleihen unterblieben wären, deren Verwendungszweck einer Prüfung nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht völlig standhielt. Was hier etwa gesagt worden ist, soll nicht beschönigt werden. Ganz falsch wäre es aber, wenn man dies verallgemeinern wollte. Die Länder und Gemeinden, gegen die sich dieser Vorwurf in erster Linie richtet, sind an dem Gesamtbetrag der Auslandsanleihen, die seit 1924 im Ausland aufgenommen sind, nur mit etwa 12 Proz. beteiligt. Insgesamt sind von der deutschen öffentlichen Hand während der Jahre 1924 bis 1930 18 1/2 Milliarden Mark Anleihen (Inlands- und Auslandsanleihen zusammen) aufgenommen worden. Aus diesen Anleihen sind in den sieben Jahren von 1924 bis 1930 nur insgesamt 265,2 Millionen Mark für Zwecke ausgegeben, die man bei weiterer Auslegung vielleicht als Luxusausgaben ansprechen könnte, nämlich für Kunst und Wissenschaft, Badeanstalten, Leibesübungen und Sport, Jugendwohlfahrt, Gärten- und Parkanlagen und für die Pflege von Kurorten. Dieser Betrag von 265,2 Millionen Mark erstreckt sich, wie gesagt, über einen Zeitraum von sieben Jahren, und zwar von sieben Jahren, in denen das deutsche Volk nach langer Unterbrechung jeder Kulturfähigkeit durch Krieg und Inflation glaubte, wieder an den Aufbau herangehen zu können.“

Leider werden in Deutschland, vermutlich auch im Auslande, die Anklagen gegen die öffentliche Anleihenwirtschaft damit noch nicht aufhören. In Deutschland gehört es zum politischen Agitationsmaterial gewisser Parteien, gegen die öffentliche Wirtschaft zu wettern und alles schlecht zu machen, was mit der Kommunalwirtschaft zusammenhängt. Es ist in sieben Jahren wirklich kein erheblicher Betrag, wenn festgestellt werden muß, daß ganze 265 Millionen Mark für Kunst und Wissenschaft, Badeanstalten, Leibesübungen und Sport, Jugendwohlfahrt usw. ausgegeben worden sind. Wir haben uns die Summe höher vorgestellt. Dem deutschen Spießer, der schon wieder vergessen hat, daß die Zahlens 170 Millionen verlobert haben, mag die Summe hoch erscheinen, uns kommt sie sehr niedrig vor. Auf jeden Fall berechtigen diese Tatsachen nicht zu den Behauptungen, wie sie in Deutschland von gewissen interessierten Kreisen immer wieder aufgestellt werden.

# GÄRTNEREI · PARK · FRIEDHOF

## Von den Dingen, die das Denken der Junggärtner bewegen

Vor wenig Monaten noch hat die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Junggärtner“ dagegen sich verwahrt, „wirtschaftlich-politisch“ (man sagt sonst: wirtschaftspolitisch) sich zu betätigen (vgl. „GPZ.“ Nr. 31, 1931). Aber der Gang und Zwang der Verhältnisse ist inzwischen so stark geworden, daß jetzt der Reichsausschuß dieser Arbeitsgemeinschaft deutscher Junggärtner sich „verpflichtet fühlt“, auch von sich aus auf die steigende Arbeitslosigkeit im Gartenbau hinzuweisen und entsprechende Eingaben an für zuständig erachtete Ministerien abzugeben. Damit wird anerkannt, daß die bisher gepredigte Methode, nur durch fachliche Weiterbildung sein Fortkommen zu suchen, Schiffbruch erlitten hat. Diese Junggärtner-„Bewegung“ hat trotz der engsten Verbindung mit dem Arbeitgeberverband nicht den geringsten Einfluß auf Milderung der umfangreichen, in den allermeisten Fällen rücksichtslos erfolgten Entlassungen, auszuüben vermocht. Auch die Führer jener Arbeitsgemeinschaft müssen heute zugeben: „Berufsnot, Junggärtnernot, diese Dinge bewegen am meisten unser Denken in dieser schweren Zeit!“

Nun, für jene Junggärtner, die als Arbeitnehmer ihr Fortkommen suchen müssen, waren die Zeiten schon immer schwer; dafür haben zu allen Zeiten die Protektoren und eigentlichen Lenker jener Arbeitsgemeinschaft-Geschicke, nämlich die leitenden Männer im Reichsverband des deutschen Gartenbaus gesorgt, und zwar durch die bewiesene Tariffeindschaft, die ständigen Versuche, das gewerbliche Arbeitsrecht, die Sozialgesetze und die Vorteile gewerblicher Berufsschulen uns streitig zu machen. Um diese unsere Berufsnot mußte also schon immer das Denken der gärtnerischen Arbeitnehmer sich bewegen. Darum waren auch die gewerkschaftliche Betätigung und der ihnen so oft unmittelbar aufgezwungene gewerkschaftliche Kampf selbstverständliche und naturnotwendige Abwehrmaßnahmen.

Da aber selbst in der jetzigen schwersten Notzeit des ganzen deutschen Volkes, die sogar eine „Notgemeinschaft des deutschen Gartenbaus“ hat entstehen lassen, die Organisation der gärtnerischen Unternehmer nicht daran denkt, ihre Forderungen auf völlige Entrechtung der Arbeitnehmer auch nur in etwas zu revidieren, so wird die Fortführung des schärfsten gewerkschaftlichen Kampfes, und zwar im besonderen durch die junge Generation, zur höchsten sittlichen Pflicht. Denn in steigendem Maße gilt für sie Goethes wuchtige Mahnung: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“

Das kann nicht geschehen durch Erwerb der Mitgliedschaft in den von den Gartenbauern abhängigen „Junggärtner“-Gruppen, die trotz der oben erwähnten von ihnen anerkannten Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Einflussnahme im „Deutschen Junggärtner“ (Heft 24, 1931) erklären: „Der Sinn unserer Bewegung soll sich gerade in dieser Zeit erfüllen: frei von irgendwelcher Kartell- oder Religionspolitik, frei von gewerkschaftlichen Bindungen gehen wir unseren „vorgeszeichneten Weg“ zum Gesamtwohl unseres Berufs.“ Entkleiden wir dieses Wortgebimmel von den schmückenden Phrasen, so verbleibt als Tatsache, daß dem Reichsausschuß deutscher Junggärtner der Weg vorgeschrieben ist. Von wem? Das festzustellen, vermag schon die berühmte „blinde Frau mit dem Krückstock“. Diese Drescher der Phrase, „frei von allen Bindungen“, sind an allen Gliedern gefesselt durch sklavenhafte Bindung an den Reichsverband des deutschen Gartenbaues, der das Verhältnis eines Gebietlers über Leben und Tod zum gefesselten Sklaven ausdehnen möchte auf die gesamte Arbeitnehmererschaft der Gärtnerei.

Dagegen zu kämpfen mit Ausbietung aller Kräfte — wir wiederholen es noch einmal — ist höchste sittliche Pflicht eines jeden Junggärtners, der zu den Arbeitnehmern sich zählen muß.

## Die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern

Zu einer Reihe von Landwirtschaftskammern — bekanntlich auch die öffentlich-rechtlichen Vertretungskörperschaften für den „Gartenbau“ — haben Wahlen stattgefunden. Sie haben diesmal ein gewisses Interesse der Öffentlichkeit gefunden, und zwar deshalb, weil die Nationalsozialisten mit zum Teil großem Erfolg in die bisher unbesetzten Gebiete des Landbundes eingebrochen sind. Auf Grund amtlicher Berichte geben wir eine Aufstellung der Wahlergebnisse:

	Landbund	Nazi	Bauernbund	Soziale Vereinig.
Ostpreußen . . . . .	19	16	3	—
Pommern . . . . .	19	12	—	—
Brandenburg . . . . .	23	34	—	1
Oberschlesien . . . . .	9	—	17	4
Provinz Sachsen . . . . .	19	39	—	—
Hannover . . . . .	—	26	—	10
Schleswig-Holstein . . . . .	9	20	4	2
Westfalen . . . . .	41	6	—	—
Rheinprovinz . . . . .	40	10	—	—
Kassel . . . . .	14	11	5	—
Wiesbaden . . . . .	13	3	—	—
Freistaat Sachsen . . . . .	18	22	—	—
Thüringen . . . . .	75	36	—	—
Anhalt . . . . .	14	14	2	—
Oldenburg . . . . .	12	23	1	—

Die in einigen Kammern von den Nazis erreichten Mehrheiten werden durch Vertreter, die auf Grund gewisser Privilegien zu berufen sind, teilweise eingeschränkt. Immerhin dürften sich in manchen Kammern wesentliche Veränderungen der Verhältnisse ergeben.

Bemerkenswert sind die Wahl eines Vertreters der Gruppe Pinneberg im Reichsbund des deutschen Gartenbaus, der auf besonderer Liste kandidiert hatte, und die Wahlerfolge der Gartenbauern in Berlin-Brandenburg. Diese bekamen bei insgesamt 110 Sitzen 13 Vertreter durch. Obwohl diese sämtlich dem RddG. angehören, haben sich jedoch nur 9 zu einer „Gartenbaufraktion“ zusammengesetzt, während die vier anderen, ihrem politischen Glaubensbekenntnis getreu, der Nazi-Fraktion angehören.

Einer Erklärung in der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge besteht in der Landwirtschaftskammer Brandenburg trotz des Wahlkampfes keine Spannung zwischen Nationalsozialisten und Landbund im allgemeinen, sondern lediglich zwischen der Nazi-Fraktion und einer „Arbeitsgemeinschaft“ der Kammermitglieder, die sich aus Deutschnationalen, Landvölkern und den Handelsgärtnern zusammensetzt. Doch bei der Vorstandswahl hielten die Nazis mit Krach wieder ihren Auszug, während die Gartenbauern diesmal auch eine Vertretung durch zwei Beisitzer und einen Stellvertreter erreichten.

## AUSLAND

**Oesterreich.** Anlässlich des Verbandstages ihrer Gesamtorganisation im November vorigen Jahres veranstaltete auch die Gärtnersektion eine Tagung, die von 44 Delegierten besucht war. Nach einem Referat des Kollegen Rieder fand eine Resolution einstimmige Annahme, durch die gegen einen Antrag der Christlich-Sozialen Partei, die Gärtnereien zu landwirtschaftlichen Betrieben zu erklären, entschiedenster Protest eingelegt wurde. In weiteren Vorträgen und Aussprachen wurden behandelt Fragen der tarifvertraglichen Regelung der Arbeitsverhältnisse, des Lehrlingswesens und der Einstellung zu den öffentlichen Betrieben. In Oesterreich sind nämlich die Kollegen der gewerblichen und öffentlichen Gärtnereibetriebe noch getrennt organisiert. Die Vertreter der beamteten und der städtischen Gärtner erklärten aber ihr starkes Interesse an der Erwerbsgärtnerei und die Bereitwilligkeit zu einer praktischen Arbeitsgemeinschaft.

## Das Siedlungsproblem

wird in Heft 2 des „Gärtnerei-Fachblattes“ ausführlich und nicht nur in den Gärtner angehenden Beziehungen behandelt. Die Notwendigkeit gärtnerischer Moor-Versuchskulturen sowie die von Lehr- und Versuchsbetrieben für den Gemüsebau werden betont. Tessenow gibt eine in eigener Praxis erprobte Fruchtfolge für Siedler. Schäffan bespricht Erfahrungen mit Gärtnerseidlungen. Architekt Riecher, Danzig, gibt bautechnische Vorschläge zum Siedlungsproblem und eine Uebersicht unterrichtet über die Einstellung der gärtnerischen Verbände und Organe zur Kleinsiedlung. — Im Zusammenhang damit werden Fragen der Bodenbearbeitung und Düngung behandelt. — Auf diese Weise unterrichtet unser Fachblatt stets über alle aktuellen Probleme auf gärtnerischem Gebiet, weshalb sich der ständige Bezug für jeden Kollegen unbedingt empfiehlt, zumal der Bezugspreis nur 1 Mk. vierteljährlich beträgt.



## Unser Gesamt-Verband im Jahre 1931

Motto im Goethe-Jahr: Im neuen Jahr Glück und Heil!  
Auf Weh und Wunden gute Salbe;  
Auf grobem Floß ein grober Keil!  
Auf einen Schelmen anderthalb!

Nachdem wir unseren Kollegen eine Jahresübersicht brachten sowohl über die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge als auch über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1931, möchten wir heute zusammenfassend die

### Jahresarbeit des Gesamt-Verbandes

nach einmal kurz in Erinnerung bringen. Gibt es doch so manche Mitglieder — von den Unorganisierten schon gar nicht zu reden —, die der Meinung sind, daß die Gewerkschaften in der Zeit der Krise keine gewerkschaftlichen Leistungen aufzuweisen haben. Wir müssen demgegenüber zunächst einmal feststellen, daß das Los der deutschen Arbeitnehmerschaft unendlich viel elender wäre, wenn nicht der geschlossene Abwehrwille der gewerkschaftlichen Organisationen fortgesetzt tatkräftig wirken würde. Gewiß können wir in so schweren Krisenzeiten, wie wir sie jetzt durchleben, keine großen Angriffskämpfe führen. Aber wir haben doch in zahlreichen Fällen die verschiedensten Gruppen unseres Verbandes vermocht, bis in die letzten Wochen hinein sowohl gegenüber der Notverordnungsmethode als auch gegenüber dem Versuch des Reichsarbeitsgeberverbandes sowie der einzelnen Arbeitgeberverbandsgruppen, die unser Verbandsgebiet berühren, eine geschlossene Front aufzustellen, die uns sehr oft vor noch Schlimmerem bewahrt hat. Zwar ist die Arbeitslosenziffer vom Januar 1931 mit 10,5 Proz. auf 15,3 Proz. im Dezember 1931 innerhalb des Gesamt-Verbandes gestiegen. Eine noch größere Steigerung zeigt die Zahl der Kurzarbeiter, nämlich von 10 auf 17,4 Proz. Zieht man diese automatische Verminderung unseres Arbeitsgebietes in Betracht, so ist auch unsere Mitgliederzahl mit rund 630 000 im 4. Quarteljahr 1931 noch immer recht ansehnlich.

In richtiger Erkenntnis, daß gerade in diesen Notzeiten unsere Funktionäre hinreichend aufgeklärt sein müssen, wurde in einer Reichsbetriebsrätekonferenz am 16. und 17. Februar 1931 in Berlin in eingehenden Beratungen und Diskussionen den Kollegen im ganzen Reich Gelegenheit gegeben, zu den wichtigsten Fragen des Arbeitsrechts Stellung zu nehmen.

### Die fortgesetzte

### Begeisterung der öffentlichen Betriebe durch die deutschen Arbeitgeberverbände,

Insbesondere aber durch die sogenannten Wirtschaftsführer des Ruhrgebiets, zwang uns zu einem groß angelegten Abwehrfeldzug, der auch in der gesamten Arbeiterpresse seinen Widerhall fand. Trotzdem konnten wir nicht verhindern, daß unter Hinweis auf die schlechte Lage der Gemeindefinanzen mit Hilfe der Notverordnung vom 5. Juni 1931 den Gehaltsabzügen der Beamten nun auch ein erheblicher Eingriff in das Tarifrecht der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen folgen sollte. Unsere Organisation setzte sich in einer besonderen Kundgebung am 24. Juni 1931 hiergegen zur Wehr, und es muß festgestellt werden zum Scherz der Hingebenseite, daß es uns gelang, immerhin einen erheblichen Teil der Eingriffe, wie sie zuerst geplant waren, zurückzuweisen. Wir haben in aller Ausführlichkeit bereits in der „Gewerkschaft“ über diese Dinge berichtet, aber in unserer schnelllebigen Zeit wird von den Kollegen gar zu leicht vergessen, was gewesen ist, und wenn wir daran erinnern, daß der

### Kampf gegen die Verschlechterung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse

wochenlang geführt werden mußte, so ist heute auch vielfach vergessen, daß wir in diesem Kampf zwar eine Kürzung der Löhne auf uns nehmen mußten, aber doch nicht in dem Ausmaße, wie es von Seiten der Notverordnung sowohl als auch von Seiten des Reichsarbeitsgeberverbandes von vornherein gedacht war.

\* \* \*

Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß wir im Laufe des Jahres als Organisation

### über zehn Millionen Mark

unseren Mitgliedern von ihren Beiträgen zurückzahlten für die verschiedenen Unterstützungen. Gerade in dieser Zeit der erheblich eingeschränkten Sozialpolitik und der wiederholten Abzüge der Arbeitslosenunterstützung hat unser Verband alles getan, um den Opfern des jetzigen Wirtschaftssystems auch ihrerseits eine soziale Hilfe zuteil werden zu lassen. Die gewerkschaftliche

Solidarität besteht nicht nur darin, daß wir bei Angriff- und Abwehrkämpfen zusammenzustehen haben, sondern während der ganzen Mitgliedschaftsdauer wird allen Kollegen durch unsere Unterstützungsrichtungen geholfen, um den aller schlimmsten Notlagen zu begegnen. Diese Solidarität wird auch weiterhin durchgeführt werden, und sie ist gerade in jetziger Zeit nicht zu unterschätzen!

\* \* \*

Im letzten Vierteljahr des Jahres 1931 zeigten die Finanzen der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen in Verbindung mit der Wirtschaftskrise ein weiteres rapides Abwärtsgehen. So plagte dann als Ergebnis der Brüning-Regierung trotz der mehrfachen scharfen Proteste der Gewerkschaften wie auch der Sozialdemokratie die Dezember-Notverordnung herein, die alles das übertraf, was wir bisher an Kürzungen in bezug auf die Gehälter der Beamten und Angestellten und Arbeiterlöhne erlebt hatten. Zwar wurde ein „Finanzausgleich“ angekündigt für das Budget des einzelnen durch erhebliche Preisherabsetzung. Wir sehen aber heute, daß die Indeziffer noch immer 130,4 beträgt, so daß die Maßnahmen der Regierung und des Preiskommissars Dr. Goerdeler bislang augenscheinlich nicht ausreichen. Es wird daher Aufgabe der Ortsausschüsse der Gewerkschaften, aber auch der Funktionäre unseres Gesamt-Verbandes sein, überall die Preisbewegungen zu überwachen und auf weitere Preisherabsetzung zu drängen.

\* \* \*

Auch bei der Dezember-Notverordnung ist es uns in langwierigen Verhandlungen gelungen, eine Anzahl Abwehrmaßnahmen durchzusetzen, darunter der Wegfall der Krisenlohnsteuer soweit Lohnkürzungen nach §§ 6 und 7 stattgefunden haben. In einigen Bezirken, insbesondere in Berlin, drohte (zwecks Angleichung nach der Notverordnung) ein weiterer erheblicher Lohn- und Gehaltsabbau. Es gelang aber auch hier unseren bezirklichen Verhandlungskommissionen, das Schlimmste zu verhüten und die Dinge so zu gestalten, daß die Verhandlungen ohne Streik zum Abschluß kamen, nachdem die Urabstimmungen der Mitgliedschaft in diesem Sinne entschieden hatten.

\* \* \*

In dem trüben Einerlei des systematischen Gehalts- und Lohnabbaus durch die Brüning-Notverordnungen bleibt bei alledem eine starke Ursache zu der allgemeinen durchaus berechtigten Unzufriedenheit unserer Kollegenschaft.

Andererseits hat das unserer Agitations- und Werbearbeit keinen erheblichen Abbruch tun können; denn jeder denkende Kollege sagt sich:

Um wieviel schlimmer wäre es, wenn wir unseren Gesamt-Verband nicht hätten!

\* \* \*

Unser Einfluß ist innerorganisatorisch im Jahre 1931 erheblich gewachsen. Seit dem Frankfurter Gewerkschaftskongress im August 1931 sind wir nun auch durch unseren 2. Verbandsvorsitzenden, Kollegen Becker, im ADGB-Vorstand vertreten. Im ADB-Vorstand nehmen die Kollegen Scherff und Reuter unsere besonderen Interessen wahr, und mit unserem Beitritt zum AFA-Bund am 1. Juli 1931 trat Kollege Polenske in dessen Vorstand ein. Die parlamentarische Arbeit im Reichstag durch die Kollegen Schumann, Bender und Reikner ist zwar durch die nationalsozialistische und kommunistische Obstruktionspolitik ungünstig beeinflusst gewesen, wir werden aber auch dieser Parlamentarische Feinde wie überhaupt des ganzen „legalen“ oder illegalen Hitterspukes Herr werden, wenn wir den Feinden der Republik die eiserne Abwehrfront schärfer entgegenstellen.

So ist es erklärlich, daß die Werbeanaktion des 4. Quartals 1931 uns immerhin über 15 000 neue Mitglieder brachte. Dazu kommt, daß mit dem 1. Januar 1932 die „Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten“ ihren Anstoß an den Gesamt-Verband vornahm mit 10 000 Mitgliedern, und auch die Friseur mit 4000 Mitgliedern zu uns stießen. Mithin verbleibt unser Verband trotz aller Not der Zeit für das große Gebiet der öffentlichen Betriebe und des Verkehrs der Schuhsort der Beamten, Angestellten und Arbeiter, dem gegenwärtig zwar vorwiegend beschieden ist, die Abwehraktionen zu formieren, der aber in besseren Zeiten der Wirtschaft wieder vorstoßen wird zu neuen Erfolgen gewerkschaftlicher Arbeit!

E. D.

## Die Schifffahrt in der Krise

Die Wirkung der Weltwirtschaftskrise auf die Seeschifffahrt wurde blickartig erhellt durch den überraschenden Entschluß der englischen Cunard-Linie, den bereits stark vorgeschrittenen Bau ihres 73 000 Tonnen großen Schnelldampfers vorläufig einzustellen. Die Cunard, eine der bestfundierten englischen Schifffahrtsgesellschaften, hat 1931 noch nicht einmal die Abschreibungen herausgeföhren. Es blieb der Gesellschaft kein anderer Weg, als den Bau zu vertagen. Dem Vorwurf, daß sie durch den 73 000-Tonner die Ubertonnage vermehre, begegnet die Cunard-Linie mit dem Hinweis, daß ihr jüngster Schnelldampfer 1914 in den Dienst gestellt worden sei, und daß sie durch die Schnelldampferbauten in Frankreich, Italien und Deutschland gezwungen sei, zwei alte Dampfer durch neue zu ersetzen. Dabei gab es einen Hieb auf Frankreich, das durch den neuen Schnelldampfer „Isle de France“ und durch den im Bau begriffenen 70 000 Tonnen großen „Ueber-Isle-de-France“ zusätzliche Tonnage schafft. Ein Gerücht, daß auch dieser Bau mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe, fand wenig Glauben. Das geldstarke Frankreich hat den englischen Spruch annahert: „We have the money, we have the men.“ (Wir haben das Geld, wir haben die Leute.)...

Mit den Augen der Verteidiger des heutigen Wirtschaftssystems gesehen, geriet die Cunard unverschuldet ins Gedränge. Das kann man vom Royal Mail Konzern (gut 1,6 Million Tonnen) nicht sagen. In dem Augenblick, wo sich die Seeschifffahrt in Italien, Deutschland, Amerika und Japan konzentriert, fällt dieser zweitgrößte Konzern durch Mißwirtschaft auseinander. Sein Leiter, Lord Kpsant, büßt zurzeit eine Prospektfälschung mit einem Jahr Gefängnis. Die beiden Fälle haben die Engländer erregt, um so mehr als der Skandal des Konzerns gesunde Tochtergesellschaften in starke Verlegenheit brachte. Jetzt soll die englische Seeschifffahrt gerettet werden. Ein Vorschlag will die englische Küstenfahrt für englische Schiffe reservieren. Andere „Retter“ wollen von fremden mit Weizen beladenen Schiffen besondere Abgaben erheben und schließlich fanden sich sogar Leute, die für die allgemeine Flaggen-diskriminierung eintreten. Daß dies in einem Lande möglich ist, das noch vor kurzem die Regierung aufforderte, gegen die Flaggen-diskriminierung (Benutzung der Schiffe eigener Flagge durch Sonderbelastung fremder Schiffe und der durch sie importierten Waren) Portugals einzuschreiten, ist ein Beweis für die schwierige Lage der Seeschifffahrt. Ähnliche Rettungsvorschläge tauchen in fast allen Schifffahrtsländern auf. Es wird sogar der Vorschlag gemacht, die Ausfuhr des Landes für die Schiffe eigener Flagge zu reservieren, was natürlich zur Folge hätte, daß die meisten Schiffe die Heimfahrt mit Ballast antreten müßten, wodurch die Möglichkeit einer Rentabilität vernichtet wäre. Die einzige Möglichkeit, die Rentabilität wieder herzustellen, wird noch zu wenig ausgenutzt. Sie besteht in einer planmäßigen Stilllegung der überzähligen Tonnage, verbunden mit der Abwrackung überalterter und veralteter Schiffe. Es liegen am Jahreschluß zwar gut 10 Millionen Tonnen auf, aber nicht die Wirtschaftlichkeit entschied, welche Schiffe aufgelegt wurden, sondern sehr häufig der Zufall. Schiffe, die sich rentieren, liegen still, Schiffe, die unrentabel sind, fahren weiter, weil ihre Eigentümer sich über alle Vorschriften der Sicherheit und Menschlichkeit leichtsinnig hinwegsetzen. Schiffe von 20 Jahren werden verschrottet und Schiffe, die 40, 50 Jahre alt und noch älter sind, oft ausgesprochene Sarg-schiffe, fahren weiter. — Der Uebel größtes aber ist die Subventionierung der Seeschifffahrt, die neben der Großmannsucht die meiste Schuld trägt an der Ubertonnage und Unrentabilität der Schifffahrt.

Unter den deutschen Reedern haben die Gegner der Subventionswirtschaft bisher stets die Oberhand behalten. Jetzt droht es anders zu werden. Der Reichsverkehrsminister hat den Trampreedern 10 Millionen Mark Subventionen versprochen. Gründe: Die Trampreedere sind im Ausland verschuldet und nehmen deshalb nicht teil an der Zinsermäßigung. (Die Linienreedereien sind fast alle im Ausland verschuldet.) Das Ca-Plata-Geschäft war für sie eine schwere Enttäufung. (Stimmt aber nur, weil die für deutsche Schiffe natürlichste Fahrt auf deutsche Häfen durch die Hochschußzollpolitik Schieles gedrosselt wurde.) Die Frachtberechnung nach englischem Pfund Sterling macht die Trampschifffahrt unrentabel. (Das gilt zum Teil auch für die Linien-schifffahrt und für das deutsche Exportgeschäft. Die Schifffahrt profitiert dafür durch das gleichzeitige Sinken der Kohlenpreise.) Und damit die Reeder merken, daß Treviranus wenigstens ihre Wünsche kennt, wird von der notverordneten Lohnkürzung zwar Notiz genommen, aber

sie kompensiere nicht die sozialpolitische Vorbelastung der Reeder. Herr Treviranus hat vergessen, daß kurz vorher ein Schiedspruch das Einkommen der Seeleute um 20 Proz. minderte. Dadurch ist die sozialpolitische Vorbelastung ausgeglichen. Für die deutsche Seeschifffahrt verbietet sich der Vergleich der sozialen Belastung von 1913 mit der heutigen. Damals hat die Seeschifffahrt die erkrankten Seeleute durch einen Vertrauensarzt gesund schreiben lassen und abgemustert. Die Seeleute durften sich zwar wieder krank melden, da sie aber nicht in der Krankenkasse waren, fielen sie der Armenunterstützung zur Last. Die Reeder gingen frei aus. Von allen ministeriellen Argumenten für eine Subventionierung ist die „sozialpolitische Vorbelastung“ die am wenigsten stichhaltige. — Der deutschen Seeschifffahrt geht es zurzeit nicht gut, trotzdem hoffen wir, daß sie den Subventionsplänen ablehnend gegenübersteht. C. L.

### Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die Saalkundgebungen der „Eisernen Front“ in Hamburg am 14. Januar 1932 waren die gewaltigsten, die Hamburg je gesehen hat. In der Ansprache betonte der Bundesführer des Reichsbanners, Pölkermann, daß in den nächsten Tagen 100 000 aktive Arbeiterportier neu in die Schuß-Abteilungen des Reichsbanners aufgenommen werden.

Nach dem Rücktritt des französischen Kabinetts Laval, zum Teil mit verursacht durch das Ausscheiden des Außenministers Briand, wurde Laval am 13. Januar 1932 erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt. In dem neuen Kabinett ist Lardieu Kriegsminister, während Laval als Ministerpräsident gleichzeitig das Außenministerium betreut.

In dem polnischen Prozeß gegen die Oppositionsführer und die ehemaligen Gefangenen von Brest Litowil, die führenden Sozialdemokraten Polens, wurden jetzt Gefängnisstrafen von 1½ bis 3 Jahren ausgesprochen.

Die Bestrebungen des Reichslanzlers Brüning, durch Zweidrittelmehrheit des Reichstags die Präsidenschaft Hindenburgs zu verlängern, sind nach der Abgabe von Hitler und Eugenbergs gescheitert.

Der Aeltestenrat des Reichstags hat am 12. Januar 1932 einem kommunistisch-deutschnationalen-nationalsozialistischen Antrag auf Einberufung des Reichstags nicht stattgegeben.

Der Versuch in Hessen, die Regierung im nationalsozialistischen Sinne neu zu bilden, ist durch die ablehnende Haltung des Zentrums als endgültig erledigt zu betrachten. Die Weimarer Koalition bleibt also im Amt.

### Aus unserer Bewegung

**Bayreuth.** In der Generalversammlung am 9. Januar 1932 gab Vorsitzender Schwarzott den Jahresbericht. Der Kassenbestand ist als gut zu bezeichnen. Bei der Neuwahl wurden sämtliche bis auf einen Kollegen, der nicht erschienen war, einstimmig wieder gewählt. Während des Werbemonats wurden durch unsere rührigen Kollegen dem Verbands 9 Kolleginnen und 6 Kollegen zugeführt.

**Ithoe.** In der Generalversammlung am 10. Januar wurde der Jahresbericht gegeben. Wir entnehmen daraus, daß trotz größter Krise die Ortsverwaltung sich gut gehalten hat: die Mitgliederzahl ist dieselbe geblieben, die Kassenverhältnisse haben sich nicht verändert. Für Erwerbslose und Kranke wurden im Jahre 1931 etwa 30 000 Mk. verausgabt. An Weihnachtsunterstützung wurden 2000 Mk. an die erwerbslosen Kollegen ausgezahlt. Auch an sonstigen Unterstützungen läßt es die Ortsverwaltung nicht fehlen. Es werden wöchentlich 40 Essenkarten für die Volksküche ausgegeben; das sind 240 Portionen in der Woche. Seit Bestehen der Volksküche wird dies durchgeführt, und solange die Mittel vorhanden sind, soll es so bleiben. In allen Rechtsfragen wie Arbeitsgericht, Arbeitsamt, Unfall, Invalidenfällen usw. hat die Ortsverwaltung alles getan, was in ihren Kräften steht. Für die Werbearbeit liegt noch ein großes Gebiet für den Gesamtverband vor.

**Wangen (Allg.).** In der Generalversammlung am 9. Januar 1932 berichtete Kollege Huber über die Verhandlungen mit der GCG in Hamburg. Die Diskussion war recht rege. Nach Erledigung des Geschäfts- und Kassenberichts erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Gewählt wurden: Nagel, 1. Vorsitzender, Kehrle, 2. Vorsitzender, Schuster, Kassierer, Briegel, Schriftführer. Unserem in den Ruhestand getretenen alten Kassierer, Kollegen Göhl, sprach die neue Ortsverwaltung sowie Bezirksleiter Huber für die langjährige treue Mitarbeit den Dank aus.

# RUNDSCHAU

**Die neuen Postgebühren.** Eine Ermäßigung der Gebühren für Fernbriefe, Fernpostkarten und Pakete ist am 15. Januar in Kraft getreten. Die Gebühr beträgt nunmehr für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 12 Pf., über 20 bis 250 Gramm 25 Pf., über 250 bis 500 Gramm 40 Pf.; für Postkarten im Fernverkehr 6 Pf.; für Pakete die in der nachfolgenden Uebersicht zusammengestellten Gebührensätze, zu denen bei Nichtabholung eine Zustellgebühr von 15 Pf. für jedes Paket hinzutritt, die auch vom Absender vorausgezahlt werden kann. Der Freimachungszwang für Postpakete wird gleichzeitig aufgehoben, für nicht freigemachte Pakete bis 5 Kilogramm einschließlich wird neben dem Fehlbetrag ein Gebührensatzschlag von 10 Pf. nachgehoben. Die neuen Postgebühren betragen im einzelnen:

Pakete	Gebühr					Pakete	Gebühr				
	1. Zone bis 75 km	2. Zone üb. 75-150 km	3. Zone üb. 150-375 km	4. Zone üb. 375-750 km	5. Zone üb. 750 km		1. Zone bis 75 km	2. Zone üb. 75-150 km	3. Zone üb. 150-375 km	4. Zone üb. 375-750 km	5. Zone üb. 750 km
bis 5	0,30	0,40	0,60	0,60	0,60	bis 13	0,85	1,35	2,20	2,85	3,50
6	0,35	0,50	0,80	0,90	1,—	14	0,95	1,50	2,40	3,10	3,80
7	0,40	0,60	1,—	1,20	1,40	15	1,05	1,65	2,60	3,35	4,10
8	0,45	0,70	1,20	1,50	1,80	16	1,15	1,80	2,80	3,60	4,40
9	0,50	0,80	1,40	1,80	2,20	17	1,25	1,95	3,—	3,85	4,70
10	0,55	0,90	1,60	2,10	2,60	18	1,35	2,10	3,20	4,10	5,—
11	0,65	1,05	1,80	2,35	2,90	19	1,45	2,25	3,40	4,35	5,30
12	0,75	1,20	2,—	2,60	3,20	20	1,55	2,40	3,60	4,60	5,60

Im Paketverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich wird die Gebühr der jeweilig nächstniedrigeren Zone in Ansatz gebracht.

**Die Behauptungen über die Arbeiterbank richtiggestellt.** Nach Veröffentlichung des Artikels in Nr. 1 der „Gewerkschaft“ über die Lage der Arbeiterbank haben Beipredungen von Vertretern der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und ihrer Presse mit der Leitung der Arbeiterbank stattgefunden, die den Vertretern der SAP. Gelegenheit gaben, sich von der Unrichtigkeit der in der Sozialistischen Wochenzeitung der SAP. veröffentlichten Behauptungen zu überzeugen. Das Ergebnis der Aussprache war, daß sich die Vertreter der SAP. zum Abdruck folgender Erklärung in der Sozialistischen Wochenzeitung verpflichteten:

„In Nr. 17 der Sozialistischen Wochenzeitung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vom 23. Dezember 1931 ist ein Artikel mit der Ueberschrift „Die Arbeiterbank gefährdet? Schwere Differenzen zwischen Aufsichtsrat und Direktion“ veröffentlicht. In diesem Aufsatz wird behauptet, die Lage der Arbeiterbank sei äußerst schwierig; in dem gleichen Maße, in dem sie illiquide geworden sei, sei die von den Großbanken (Preußen-Konkordat) unter Beteiligung der Reichsbank begründete Garantie- und Akzeptbank eingesperrt; die Verpflichtungen der Arbeiterbank seien aber längst zu solcher Höhe angewachsen, daß der Termin nahegerückt sei, in dem die Garantie- und Akzeptbank ihre Stützungsaktion werde einstellen müssen; die Diskussion über die Verantwortung dafür, daß es mit der Arbeiterbank so weit habe kommen können, habe begonnen und habe sich in den Beziehungen zwischen Direktion und Aufsichtsrat zu offenem Streit zugepunkt; das Mitglied des Aufsichtsrates Oswald Schumann habe in besonders nachdrücklicher Form die verfehlte Politik des Vorstandes, Mitglied des Vorstands bemängelt; dieser habe Schumann zum Sündenbock zu fempeln gesucht, indem er ihn für die Fehler der Arbeiterbank verantwortlich gemacht habe, die kreditmäßig an das Bankhaus Bett Simon u. Co. gegeben worden seien; diese Firma habe von der Arbeiterbank einen Kredit von 6 bis 8 Millionen Mark erhalten, welche Kapitalien ernsthaft gefährdet seien; auch andere Kapitalien der Arbeiterbank seien eingefroren; wenn die Garantie- und Akzeptbank, das heißt das Deutsche Reich, nicht ernsthaft helfen, so scheine unabsehbar, wie sich das Schicksal der Arbeiterbank gestalten werde.“

Nachdem uns die Firma Bett Simon u. Co. eine Berichtigung hatte zugehen lassen, in der sie versicherte, daß das Gesamtgut haben der Arbeiterbank bei ihr noch nicht 6000 Mk. betrage, hat unsere Zeitung in der Nummer vom 30. Dezember 1931 eine Notiz mit der Ueberschrift „Bankhaus Bett Simon u. Co. berichtigt“ gebracht, worin die Behauptung aufrechterhalten wird, daß das Haus Bett Simon u. Co. von der Arbeiterbank einen Kredit von etwa 6 bis 8 Millionen erhalten habe. — Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. hat uns durch Vorlegung völlig beweiskräftiger Unterlagen davon überzeugt, daß die sämtlichen von uns in gutem Glauben gemachten Angaben der Wahrheit nicht entsprechen. Wir erkennen daher insbesondere an

- a) daß die Arbeiterbank durchaus liquide und in keiner Weise gefährdet ist,
- b) daß sie mit der Garantie- und Akzeptbank keinerlei Verbindung hat noch auch gehabt hat,
- c) daß zwischen Direktion und Aufsichtsrat der Arbeiterbank eine Differenz oder gar ein offener Streit weder bestanden hat noch besteht,
- d) daß das Guthaben der Arbeiterbank bei der Firma Bett Simon u. Co. noch nicht 6000 Mk. beträgt.“

**Kommunistisches Denunziationsstückchen.** In Bärwalde (Neumark) war der 30. Dezember 1931 zu einer Werbeaktion für unseren Gesamt-Verband ausgerufen. Unsere Funktionäre waren nicht wenig erstaunt, als sie von der Polizeibehörde die Nachricht erhielten, daß sie wegen Verletzung der Notverordnung (Burgfrieden) angezeigt wurden. Sie gingen der Sache nach und es wurde ihnen durch die Polizei mitgeteilt, daß Kommunisten die Anzeige erstattet hätten. Auf weitere Fragen, wer die Betreffenden wären, bekamen sie die Antwort, die Kommunisten hätten gebeten, daß ihre Namen nicht genannt werden sollten. Die Polizeibehörde hat dies auch zugesagt und verweigert die Nennung der Namen. Weitere Erkundigungen, die von der Bezirksleitung des Gesamt-Verbandes eingezogen wurden, haben ergeben, daß die Polizeibehörde die Akten mit den Werbezetteln der Staatsanwaltschaft Landsberg a. d. W. übermittelt hat, so daß voraussichtlich auf diesem Wege die Namen der Denunzianten bekannt werden. Die KPD. hat es herrlich weit gebracht. Ein jeder ehrlich denkende Arbeiter wird sich mit Verachtung gegen diese Gesellschaft wenden und den Kampf gegen diese Parasiten aufnehmen.

**Zahlen des Elends — Notruf der Baugenossenschaften.** Die Demog-Zeitschrift „Wohnungs-Wirtschaft“ veröffentlicht in ihrer Nr. 1/2 1932 das Ergebnis einer Umfrage, die von einer der freien Gewerkschaften nahestehenden Baugenossenschaft bei ihren Mitgliedern zur Ermittlung der Einkommensverhältnisse durchgeführt wurde. Diese Zahlen sprechen eine so furchtbare Sprache, daß sie den Stellen, die da glauben, die Verelendung der Arbeiterchaft immer noch weitertreiben zu können, nachdrücklichst unter die Nase gehalten werden müssen. Wir geben die wichtigsten Ziffern der Umfrage hier wieder. Von den Mitgliefern der Genossenschaft sind 50 Proz. Vollbeschäftigte und Kurzarbeiter, 14 Proz. Rentenempfänger, 13 Proz. Arbeitslose und Unterstützungsempfänger, 23 Proz. ohne Einkommen bzw. Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Wie sieht das monatliche Familieneinkommen dieser „Vollbeschäftigten“ und „...empfänger“ aus?

- Auf 24,4 Proz. der Genossenschaftler kommen 0 bis 50 Mk. (!)
  - auf 16,4 Proz. der Genossenschaftler kommen 51 bis 75 Mk.
  - auf 12,2 Proz. der Genossenschaftler kommen 76 bis 100 Mk.
  - auf 22,0 Proz. der Genossenschaftler kommen 101 bis 150 Mk.
  - auf 16,0 Proz. der Genossenschaftler kommen 151 bis 200 Mk.
  - auf 4,5 Proz. der Genossenschaftler kommen 201 bis 300 Mk.
  - auf 4,5 Proz. der Genossenschaftler kommen über 300 Mk.
- Gegenüber diesen Elendsziffern sind alle Anstrengungen der gemeinnützigen Bauvereinigungen, die Mieten auf ein erträgliches Maß zu senken, zum Scheitern verurteilt. Die Monatsmieten betragen bei der in Rede stehenden Baugenossenschaft zwischen 20 und 55 Mk. Vom Familieneinkommen (einschließlich Rente und Unterstützung) müssen allein für Miete ausgegeben werden:
- bei 12,2 Proz. der Mitglieder . . . . . 20 Proz.
  - bei 29,8 Proz. der Mitglieder . . . . . 21 bis 30 Proz.
  - bei 15,2 Proz. der Mitglieder . . . . . 31 bis 40 Proz.
  - bei 7,5 Proz. der Mitglieder . . . . . 41 bis 50 Proz.
  - bei 11,5 Proz. der Mitglieder . . . . . 51 bis 75 Proz.
  - bei 7,5 Proz. der Mitglieder . . . . . 75 bis 100 Proz.

Rund 16 Proz. der Mitglieder können alles in allem nicht sozial zusammenkranken, um den Mietbetrag aufzubringen. Wovon leben diese Menschen, wovon kleiden sie sich? — Beim städtischen Wohnungsamt der Ortschaft sind zurzeit 394 Wohnungssuchende vorgemerkt. Davon sind 145 ohne eigene Wohnung, 30 in gekündigter Wohnung, 48 in unzureichender, gesundheitsschädigender Wohnung. Diesem Wohnungselend gesellt sich die massenhafte Abwanderung aus den Neubauwohnungen hinzu. 171 Neubaumieter bewerben sich um Wohnungsaustausch. Man muß in die Stubs zurück, um noch ein paar Mark für die Sättigung des Magens zu retten. Die Verordnung der Reichsregierung zur Durchführung der Mieten-senkung hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Ganze 6,54 Proz. beträgt die Mietensenkung für die berichtende Bau-genossenschaft. Wird der Beschluß des Preussischen Landtages vom 18. Dezember zum Schutz des Neubaubestandes Hilfe bringen? Wenn nicht, müssen die geündesten Wohnungsunternehmen in kurzer Zeit zusammenbrechen. Die opfervolle Selbsthilfearbeit von Jahrzehnten wird nutzlos veran sein. Auf schnellstem Wege muß dem Ersuchen des Preussischen Landtages an die Staatsregierung um Gewährung von Mietbeihilfen aus der Hauszinssteuer für die sozial bedrängten Inhaber von Neubauwohnungen Geltung verschafft werden.

**Wie sie sich bereicherten!** Die Moral einiger kapitalistischer Wirtschaftsführer kommt drastisch in dem Prozeß um den Frankfurter Versicherungskonzern zum Ausdruck. Im Jahre 1928 hatten die Direktoren der Favag folgendes Einkommen: Dumcke 350 000 Mk., Becker 175 000 Mk., Lindner 195 000 Mk., Schumacher 175 000 Mk. Daneben wurden noch 2,9 Millionen Mark Sondervergütungen an diese saubere Gesellschaft ausgeschüttet. Davon erhielt: Becker 919 000 Mk., Dumcke 759 000 Mk., Sauer-brey 525 000 Mk. und Mädje 417 000 Mk. An ein halbes Duzend Personen wurden also Summen ausgeschüttet, für die ein ganzes Heer von Arbeitern und Angestellten ein Jahr lang arbeiten muß. Auch diese Herren Direktoren haben sich ehehem zu den Blüthen der Wirtschaft gerechnet. Ihre Devise war: Bereichert euch!

## Die Kluff

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

### III.

Letzte drehte Joan den Hausschlüssel um, stieg behutjam die Treppe hinauf und öffnete die Tür zu dem Zimmer mit dem breiten Balkon im ersten Stock. Die Stehlampe brannte noch. Auf dem Diwan lag, eingemummelt in eine Decke, Mary Maud.

„Was gib't's?“ fuhr sie hoch. „Wer ist da?“

„Nur Joan, meine Liebe. Es tut mir leid, daß ich Sie erschreckte. Ich bin eben angekommen und wollte, bis jemand aufstehen würde, es mir ein bißchen auf einem Sofa bequem machen.“

„Wie freue ich mich, daß Sie wieder da sind! Wieviel Uhr ist es denn?“

„Kurz nach sechs.“

„Himmel! Warum ich nicht zu Bett ging? ... Ja, ich kam erst gegen vier Uhr von einer Gesellschaft heim, müde, todmüde, so daß ich auf dem Diwan zusammensackte.“

„Ach, Mary Maud, wie leicht ist es, die Welt und ihr Ungemach mit philosophischer Ruhe zu betrachten, wenn man ein Nest wie dies sein eigen nennt“, meinte Joan, während sie in die weichen Polster des niedrigen Sessels sank.

„Ich bin gekommen, weil ein Generalkstreik vor der Tür steht.“ Joan machte es Spaß, diese Bombe in all den Luxus hineinzuwerfen.

„Ein was?“

„Ein Generalkstreik — keine Züge mehr, keine Omnibusse, keine Elektrische. Wahrscheinlich wird es auch kein Brot geben.“ „Aber das kann ja gar nicht sein! Zeitungsgeschwätz vermutlich! Ich wähnte, durch jene Millionen, die die Bergwerksbesitzer erhielten, wäre die Angelegenheit geregelt?“

„Nein, Mary Maud. Das Geld ist verbraucht und die Besitzer erklären, daß sie ohne Herabsetzung der Löhne nicht weiterwirtschaften können. Dabei nagen die Bergleute bereits jetzt am Hungertuch.“

„Deswegen brauchen doch die Omnibusse nicht ihren Verkehr einzustellen — ich meine, da der Sommer kommt, wird es lange währen, bis der Kohlenstreik sich auswirkt, nicht wahr?“

„Vollkommen richtig“, erwiderte Joan. „Und gerade, weil die Bergarbeiter längst verhungert sein würden, ehe die Wohlhabenderen etwas am eigenen Leibe verspüren, werden alle anderen Arbeiter sich dem Streik anschließen.“

„In unserem schwerfälligen England? ... Liebes Herz, ich möchte, daß es so wäre, nur sehe ich vorläufig nicht, wie es geschehen soll.“

„Na, ja, unter uns gesagt, ich weiß es auch noch nicht. Doch William Royd ist seiner Sache sicher.“

„Wer ist dieser Mr. Royd? Ist sein Wort Gesetz?“

„William Royd? Mein Chef. Unser Gewerkschaftssekretär.“

„Ein Bolschewik?“

„O Gott, nein! Er hat Swillings.“

„Kommt das bei Bolschewiken nicht vor?“

„Das weiß ich nicht; jedenfalls ist William Royd keiner. Er sagt, er sei der typische englische Arbeiter, kein Radikaler, und Leute seiner Art machen die Revolution. Wenn es solchen Männern zuviel wird, kommt der Stein ins Rollen.“

„Und wann soll euer Generalkstreik ausbrechen?“

„Am ersten Mai.“

Mary Maud schoß in die Höhe. „Das darf nicht sein. Ihr müßt ihn verschieben!“

„Kann man ein Erdbeben verschieben? ... Wieso hört Sie der Termin?“

„Mein Kind, diese Maiwoche ist furchtbar wichtig. Da kommt Helen Dacres Stück „Auferstehung“ heraus, an dem wir alle stark interessiert sind. Ein wunderbares Stück, glauben Sie es mir ... ein Meisterwerk! Und wenn dann weder Omnibusse noch Taxis oder Straßenbahnen fahren, so ist die Auferstehung ruiniert.“

„Können Sie die Premiere nicht auf später verlegen?“

„Kleines, Sie ahnen nicht, was es heißt, heutzutage ein gutes Theater in London zu bekommen! Wir verhandelten monatelang, bis wir uns für drei Wochen das Princeß sicherten. Warum muß Ihr dummer Streik auch gerade jetzt losgehen?“ jammerte sie.

Joan stellte ihre Tasse heftig auf den Tisch.

„Mary Maud, Sie sollten sich schämen! Zum Teufel mit Ihrer „Auferstehung“! Die Bergarbeiter werden krepieren, wenn man ihnen nicht baldigst hilft. Und Ihrer ist es unwürdig, zu reden wie ein hochmütiger Barons von Bloomsbury!“

Die Ältere strich sich mit der Hand über das wellige, nicht ondukierte Haar und blieb für einen Augenblick stumm. Dann blickte sie ihren Gast mit einem lieben Lächeln an.

„Derzeihen Sie mir, Joan — es war abstoßend! Wir Bloomsbury-Menschen gehen ganz in unserem Krimskrams von Kunst und Literatur auf und sind unwirsch, wenn von der Außenwelt, der wir unseren Komfort verdanken, ein Knurren zu uns dringt. Tatsächlich wissen wir über das englische Kohlenzentrum weniger als über den Mars. Aber ich will ganz zu Ihren stehen ... und wenn es zum äußersten kommt, müssen Sie mir sagen, wie ich helfen kann. Ganz habe ich mein Gewissen doch nicht eingebüßt ... ich ...“ — sie sprach ganz schön — „ich verdanke die Hälfte meines Einkommens nämlich auch der Kohle.“

„Sie? ... O Mary Maud! Und ich habe gewettert, daß die Kohlenbarone sogar für den Scheiterhaufen noch zu schlecht wären!“

„Wahrscheinlich gibt es unter uns, wie überall, schwarze und weiße Schafe. Die Direktoren werfen den Aktionären Habgier vor, während diese wiederum die Direktoren tadeln, daß sie die Gruben schlecht leiten. Wo mag der Fehler nun liegen? ... Ich bin einer der Hauptaktionäre von South-Yorkshire — könnte ich da nicht irgendwie eingreifen?“

„Nein. Der einzelne ist in einem Moment wie diesem hilflos. Nur die Masse zählt — auf beiden Seiten.“

„Aber, liebe Joan, die einzelnen bilden doch die Masse. Ich bezweifle durchaus nicht, daß es unter den Bergwerksbesitzern rohe Geleiten gibt, doch denken Sie an die Kimberleys und die Danfitts, die Sie bei mir kennengelernt haben. Die lassen nun und nimmer einen Menschen Hungers sterben.“

„Das spielt jetzt keine Rolle“, beharrte das junge Mädchen.

„Ihr einzelnen vermögt mit allem guten Willen nichts auszurichten. Außerdem wäre es ohnehin zu spät, da die Regierung das Wort hat.“

Das Telephon klingelte, und Mary Maud nahm den Hörer ab. „Für Sie, Joan — Mr. Royd.“

Und nun erfolgten diese kurzen Antworten: „Ja, ja — alright — ich komme ...“, mit denen der andere im Zimmer Anwesende nichts anzufangen weiß.

„Mr. Royd hofft, daß er mich mit in die Gedächtnishalle einschmuggeln kann“, erklärte Joan, den Hörer an seinen Platz legend. „Ich soll ihn um 10 Uhr am Eingang treffen.“

„Und was ist dort los?“

„Die Gedächtnishalle ist unser Großes Hauptquartier. Alle Exekutive der Gewerkschaften, der Generalrat, der parlamentarische Ausschuß und alles, was in der Arbeiterbewegung einen Namen hat, entscheidet dort, wie den Bergleuten geholfen werden kann. Oh! ... Die ernsthaftesten Joan verwandelte sich in ein kleines Mädchen. „Ich werde glatt sterben, wenn ich nicht hineingelange!“

„So, wirklich? Nun, da es erst kurz nach sieben ist, werden Sie sich vorläufig erst einmal hinlegen und zwei Stündchen schlafen.“

Joan hatte sich kaum bequem auf dem Diwan zurechtgeschult, so fielen ihr auch schon die müden Augen zu. Sinnend betrachtete Mary Maud das schmale Gesichtchen. Eine merkwürdige Mischung von Kind und Weib; ein junges Mädchen, doch mit außerordentlicher Befähigung zur Führerschaft ... Und die ältere Frau sandte ein stummes Gebet zum Himmel, daß bei dem Zusammenprall von Haß, in den die andere sich leichten Herzens stürzte, irgendeine Macht diesen mageren, nervenbebenden Körper vor dem Schlimmsten bewahren möge.

Weder der Verlust von Dividenden noch die Bedrohung ihres eigenen Komforts dünkten Miß Meadows im Augenblick so wichtig wie die Aufgabe, Joan heil und unverfehrt durch den Sturm zu bringen. —

Das Treiben bei der Gedächtnishalle erinnerte Joan an einen Bienenstock. Eine Flut von Menschen strömte herein, während sich andere wieder hinauswanden, stießen und schoben. Kommunisten und Steuerreformatoren drängten den Delegierten ihre Schriften auf. Arbeitslose Reklameträger paradierten in Front der Halle; Pressephotographen umwedelten die Führer, und die unvermeidliche mildbütige Dame aus dem Mittelstand hielt es für angezeigt, eine Broschüre über Geburtenkontrolle zu verteilen. Etwas abseits ballte sich eine Gruppe Londoner Arbeiter zusammen, mit ihrer gewöhnlichen Miene froher Gelassenheit. Ein Droschkenauffahrer, seinen Gewerkschaftsknopf auf dem Krageaufschlag, ließ die Augen mit ungeheurem Wohlwollen umherflitzen. „Hoch der gute alte Benjamin!“ begrüßte er einen wohlbekannteren Führer der Transportarbeiter, der langsam die Stufen emporstieg.